

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die gewöhnliche Pettizette kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabak-Arbeiter-Verbandes, Bremen, Fahrenstraße 53/60 II. zu senden.

Nr. 2

Sonntag, den 14. Januar

1912

Extrabeiträge!

Am Sonnabend, dem 13. Januar d. J. ist der 12. Extrabeitrag fällig!

Die Schlacht ist gewonnen.

Das war ein Ringen, so gewaltig, wie es die deutschen Tabakarbeiter noch nicht erlebt haben. In der 12. Woche stehen 13 500 bis 14 000 unserer Kolleginnen und Kollegen im heißen Kampf, begehrst sich zu wehren gegen einen Machtanspruch der Unternehmer, sich der Vernichtung ihrer Organisation mit Zähigkeit zu widersetzen. Und nun? Die Macht der Tabakarbeiter hat entschieden. Und nicht nur die Organisation ist nicht vernichtet, sondern steht gefestigter da denn je. Obendrein waren jene Fabrikanten gezwungen, annehmbare Zugeständnisse hinsichtlich der Löhne zu machen, die sich mit ihren Arbeitern zunächst nicht einigen konnten und den Westfälischen Fabrikanten-Verband zu Hilfe riefen, nämlich die Firma Niemann & Tintelnot in Blotho und die Lemgoer Firmen.

Die Verhandlungen, geführt von dem Herrn Landrat Cornelsen in Minden, haben den Frieden gebracht. Eine am Mittwoch, den 10. Januar, in Minden tagende Konferenz der beteiligten Tabakarbeiter hat die Bedingungen angenommen. Die christlich organisierten hatten es bereits einen Tag vorher getan.

Wie sind die Bedingungen? Eine Einigung der Arbeiter mit den Lemgoer Firmen und der Firma Niemann & Tintelnot in Blotho war die Voraussetzung zum allgemeinen Friedensschluß. Die Einigung geschah. Niemann & Tintelnot in Blotho legte zu auf sieben Sorten 0,25 M., auf neun Sorten 0,50 M. und auf zwei Sorten 1 M.; bei anderen Sorten wurde die Zahl der Formen vermehrt, um dadurch die Arbeit leichter zu machen. Zu berücksichtigen ist noch, daß die Firma bereits im Februar 1911 Lohnzulagen machte. Rabater in Lemgo gewährte eine Lohnzulage auf fünfzehn Sorten von 0,25 M., auf 11 Sorten 0,50 M.; Holle & Co. in Lemgo auf 9 Sorten 0,25 M., auf 13 Sorten 0,50 M.; Rosenheim in Lemgo auf 13 Sorten 0,25 M., auf 8 Sorten 0,50 M. und für den Hausmann 1 M. wöchentlich; Siedmann in Lemgo auf 7 Sorten 0,25 M., auf 3 Sorten 0,50 M.; Schmidt in Lemgo auf 10 Sorten 0,25 M., auf drei Sorten 0,50 M. Auch den Sortierern sind Lohnzulagen gewährt worden.

Nachdem so mit den Arbeitern und Arbeiterinnen, die wegen Anerkennung ihrer Forderungen in den Streik getreten waren, eine Einigung erzielt war, konnten die allgemeinen Bedingungen festgelegt werden. Auf folgender Grundlage ist dann die Beendigung des Kampfes vorgesehen worden:

1. Sobald die Arbeiterorganisationen die schwebenden Streiks, einschließlich der Sympathiestreiks, für beendet erklären, heben gleichzeitig der Westfälische Fabrikanten-Verband und die in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände die Aussperrung auf.
2. Die bestreikten Firmen halten die bisherigen Zugeständnisse aufrecht und werben sie loyal erfüllen.
3. Nach Beendigung der Aussperrung und nach Wiederaufnahme der Arbeiter wird der Westfälische Zigarren-Fabrikanten-Verband seinen Mitgliedern empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben seines Bezirks in eine Revivierung der Löhne zu Anfang des kommenden Frühjahrs einzutreten.
4. Nach Beendigung der Streiks und nach Aufhebung der Aussperrungen werden Maßregelungen nicht beabsichtigt. Bis zum 1. Mai 1912 sollen die Fabrikanten keine fremden Arbeiter in einem ihrer Betriebe einstellen, bevor ihre im Streik oder in Aussperrung gewesenen Arbeiter dieses Betriebes nicht eingestellt sind, soweit diese nicht inzwischen anderweit Arbeit gefunden haben.
5. Die Fabrikanten sichern den Arbeitern, die von ihnen nicht wieder eingestellt worden sind, volle Freizügigkeit zu.
6. Der Westfälische Zigarren-Fabrikanten-Verband ist von den Hamburger, Bremer und Burghammer Vereinen ermächtigt, deren Zusage zum ersten, vierten und fünften Punkt zu erklären.

Wir können heute noch nicht die Bedingungen in allen Einzelheiten besprechen, werden es natürlich in den nächsten Nummern des Tabak-Arbeiter tun. Aber eins wollen wir heute schon bemerken: Die Aussperrung ist an dem Widerstand der Tabakarbeiter und ihren Organisationen gründlich gescheitert. Wie hier es in der Farsche des Westfälischen Zigarren-Fabrikanten-Verbandes vom 25. September 1911?

„Im westfälisch-lippischen Tabakindustriebezirk hat seit einiger Zeit eine von den Arbeiterorganisationen planmäßig betriebene Bewegung eingesetzt. Bei einer größeren Zahl von Fabrikanten sind Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt worden. Angesichts ihrer Geschäftslage haben diese erklärt, den Forderungen nicht oder nur teilweise entsprechen zu können. Daraufhin haben die Arbeiter den Streik beschlossen und sind bereits bei einigen Fabrikanten, zum Teil unter Tarifbruch in den Streik getreten. Mit dieser Sachlage

hat sich der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband in seiner heutigen außerordentlichen Generalversammlung zu Herford beschäftigt und nach allseitiger Aussprache festgestellt, daß bei dem allgemein unbefriedigendem Geschäftsgange der Zigarrenindustrie die höheren Lohnforderungen nicht erfüllt werden können. Zugleich beschloß der Verband, seinen von den organisierten Arbeitern angegriffenen Mitgliedern beizustehen und allen organisierten Arbeitern am 30. September zu kündigen, falls nicht bis zum 28. September die von den Arbeitern ausgesprochenen Forderungen angenommen und die eingestellten Arbeiter wieder aufgenommen sind.“

Die Fabrikanten hätten sich wirklich ihre Aussperrung sparen können; sie wären billiger davongelommen. Sie glaubten nichts bewilligen zu können — nun haben sie doch bewilligt. Sie fordern die Zurücknahme der Kündigungen, die bedingungslos wieder aufgenommen der Arbeit — nichts ist von den Arbeitern zurückgenommen worden, und die Arbeit ist auch nicht bedingungslos aufgenommen worden. Statt dessen haben die Arbeiter bei den bestreikten Firmen annehmbare Lohnzulagen erhalten; und wenn auch nicht alles bewilligt ist, was gefordert wurde, so haben sich die Tabakarbeiter schon oft ohne Aussperrung zur Einigung herbeigelassen, wenn annehmbare Zugeständnisse gemacht wurden. Erst nachdem in den bestreikten Betrieben eine Regelung stattfand, ließen sich die Arbeiter auf eine allgemeine Einigung ein. Was ist denn übrig geblieben für den Westfälischen Fabrikanten-Verband? Nichts, absolut nichts!

Und Herr Landrat Cornelsen sagt nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer des Fabrikanten-Verbandes den Satz 3 der oben abgedruckten Einigungsbedingungen noch eine bestirrende Erklärung hinzu, wie es die Arbeiter freilich ohnehin aufgefakt haben, die folgendermaßen lautet:

„Es ist selbstverständlich, daß in denjenigen Betrieben, in welchen bei Eintritt der Aussperrung Lohnabstufungen bestanden (bei noch anderen als den obengenannten Firmen waren Verbesserungen gestellt. A.), es sind ja wohl 3, eine Regelung erfolgen muß. Ich nehme an, daß Ihre Fassung (die Neuen-Kommission hatte eine andere Fassung des Satzes 3 vorgeschlagen. A.) sich nicht auf diese Firmen beschränken soll, da damit die weitere Zusage des Westfälischen Fabrikanten-Verbandes hinsichtlich würde. Der genannte Geschäftsführer des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes schlägt den Zusatz zu Anfang des kommenden Frühjahrs vor, um nicht den Anschein zu erwecken, daß eine Verzögerung der Revivierung beabsichtigt sei.“

Also nicht nur hat man sich herbeilassen müssen, den ursprünglich streikenden Lohnzulagen zuzugehen, sondern auch darüber hinaus hat man die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen nicht nur anerkannt, sondern ist bereit, in eine Revivierung der Löhne einzutreten.

Angesichts aller dieser Umstände fragen wir nochmals: Was ist denn den Fabrikanten eigentlich übrig geblieben von ihrer Herrlichkeit, mit der sie in den Kampf zogen? Die Generalversammlung des Westfälischen Fabrikanten-Verbandes hat, wie wir gehört haben, die Bedingungen einstimmig angenommen; vielleicht hat mancher bei seiner Abstimmung das Ende mit dem Anfang verglichen.

Für die Tabakarbeiter dürfen wir mit stolzer Genugtuung sagen, daß sie den Kampf in bewundernswürdiger Disziplin geführt haben, und wenn es sein möchte, auch noch länger geführt hätten. Das mögen sich alle Fabrikanten gesagt sein lassen, daß unsere Organisationen heute allen Angriffen zu begegnen wissen. Wohl hat auch uns der Kampf Opfer gekostet, doch die Aussperrung wird, wie es immer bei solchen Kämpfen ist, ein Jungbrunnen für die Organisation sein, aus dem sie neue Kraft zu schöpfen weiß.

Wie wir zu Anfang schlossen, wollen wir auch heute schließen: Drauf und dran zu neuen Siegen! Es lebe die Organisation!

Der soziale Tabakzoll.

Sogar während der Reichstagswahl dokumentierte die „Kreuzzeitung“, das Organ der preußischen Junker, die Steuerhosen dieser „Edelsten der Nation“. Ausgerechnet die verwüstendste der neuen Steuern, die Tabaksteuer, ist dem Junkerblatt gerade gut genug, um an ihr den Beweis zu erfinden, daß sie gegenüber der Erbschaftsteuer geradezu eine soziale Wohltat sei.

Dazu benutzte das Blatt die im neuesten Vierteljahrsheft der Reichsstatistik angegebenen Zahlen über die Erträge der Besteuerung des ausländischen Tabaks. Mit den dazu nötigen Verstandsvorstellungen bringt es u. a. folgendes fertig:

„Danach erbrachte der Gewichtszoll auf Tabak im Durchschnitt des Jahrzehnts 1901/10 jährlich 64,07 Millionen Mark. Vor der Finanzreform hatte er betragen im Jahre 1907: 68,2 Millionen Mark, und 1908 sogar 78,7 Millionen Mark. Nach der Finanzreform fiel er 1909 auf 69,4 und 1910 auf 68,6 Millionen Mark. Geringer erbrachte der Wertzollzuschlag, der durch die Finanzreform neu eingeführt wurde, 1909 schon 29 und 1910 sogar 42 Millionen Mark. Wäsig gerechnet dürfte er also im letzten Jahre, dessen Ergebnisse noch nicht vor-

liegen, etwa 50 Millionen ergeben haben. Rechnet man hierzu als Mehretrag der Zigarettensteuer, die bekanntlich auch fast ausschließlich auf den teureren Sorten lastet, nur 10 Millionen, so ergibt das allein schon 60 Millionen Mark Ertrag, welche ausschließlich von den einigermaßen bessergestellten Klassen der Bevölkerung aufgebracht werden; also ziemlich genau den Betrag, welchen man von der Erbschaftsteuer in direkter und Gattenerbsfolge erhoffte. Und wie unmerklich trifft dieser Ertrag den Steuerpflichtigen, deren jeder zudem nur soviel steuert, wie er selbst für gut findet, gegenüber der „edigen Brutalität“ — um ein Bismarcksches Wort anzuwenden — mit der sich die Erbschaftsteuer sogar auf die Wohlhabenden gewälzt haben würde.“

Das ist dieselbe Art von Beweisführung, wie sie bei Schaffung der schwarz-blauen Belastung des Tabaks gegen die sachmännlichen Gründe in der Finanzkommission des Reichstages beliebt wurde. Dort veruchte man sogar glaubhaft zu machen, daß der Wertzoll die Raucher der bescheidenen Klassen schwerer belaste, wie die Raucher billiger Zigarren und daß darum der Wertzoll einen sozialausgleichenden Charakter habe.

Die Sachmänner dagegen behaupteten, daß der Wertzoll die Wirkung haben werde, gerade die billigeren ausländischen Tabake im Preise höher zu treiben. Diese Wirkung müsse eine verhältnismäßig größere Verteuerung der billigeren Zigarrensorten zur Folge haben. Entsprechend diesen letzteren Einwänden gegen den Wertzollzuschlag zum Gewichtszoll haben sich denn auch bis jetzt die Preisverhältnisse entwickelt.

Der kleine Mann, überhaupt die werktätigen Klassen, sind also durch den Wertzuschlag stärker befallen worden, als die Begüterten, die bessere Qualitäten, teurere Sorten rauchen.

Gegenüber diesen von Fachblättern der Tabakindustrie oft bestätigten Tatsachen ist es eine geradezu bössartige Mißhandlung der Wahrheit, wenn das Junkerblatt behauptet, der neue Steuerertrag treffe die Steuerpflichtigen unmerklich, da jeder nur so viel steuere, wie er selbst für gut finde. Außerdem ist das aber eine verriekte Art der Beweisführung für eine Steuer, mit der eine Steigerung des Steuerertrages unter allen Umständen erzielt werden soll. Unterläßt nämlich ein großer Teil der Raucher, weil er es für seine finanziellen Verhältnisse nicht für gut findet, die durch die Steuer verteuerten Preise zu zahlen, dann könnte der Ertrag gleich Null ausfallen. Es ist also Unsinn, den Steuerzahlern, wenn auch in andern Worten, zu sagen: Wenns Euch eben zu viel kostet, na, dann stellt eben das Zigarettenrauchen ein. Wir müssen eine solche Empfehlung an die Raucher schon als eine „edige Brutalität“ bezeichnen, weil sie einen Verzicht auf den Genuß ausdrückt. Einen sozialen Fortschritt bedeutet ein solcher Genußverzicht gewiß nicht, besonders, wenn dieser Genuß ein volkstümlicher, nicht leicht zu vermeidender ist.

Über als eine eilige soziale Brutalität muß die neue Tabakbesteuerung von anderen Gesichtspunkten bezeichnet werden. Eben weil die Steuer die Preise der billigeren Sorten stärker steigerte, sah sich der ärmere Teil der Bevölkerung gezwungen, den Genuß des Rauchens stark einzuschränken. Das erzeugte die vorausgesagte schwere Krise in der Zigarrenindustrie, die alle Voraussetzungen über ihren Umfang noch überstieg, so daß zeitweilig zirka 55 000 Tabakarbeiter arbeitslos waren. Diese brutale Erstickenberaubung der unglücklichen Tabakarbeiter geniert natürlich so ein Junkergerüst nicht im mindesten. Wozu ist das Arbeiterpad denn da, als um ausgebeutet zu werden? —

Etwas anderes wäre es freilich, wenn die hochwohlwolligen Ausbeuter der Arbeiter, die Kapitalisten, durch die Erbschaftsteuer zu den Lasten des Reiches mit herangezogen worden wären. Für sie ist das Steuerzahlen überhaupt eine „edige Brutalität“, darum wälzen sie es auf die arbeitenden Klassen ab, die dergleichen Brutaltäten nun einmal schon gewöhnt sind!

Friboler konnte kaum die Steuerhosen der besitzenden Klassen bloßgestellt werden, als durch die Bezeichnung des Junkerblattes, die sich würdig neben den bekannten Ablehnungsgründen gegen die Erbschaftsteuer stellt, der von den Junkern im Reichstag angeführt wurde: „Die Erbschaftsteuer zerstöre den Familiensinn“. Im Grunde hat die Ausgrabung des Bismarckschen Wortes auch keinen anderen Zweck, als gelegentlich einmal mit gegen die Einführung der Erbschaftsteuer als Argument angeführt zu werden.

Auffällig ist es aber doch, wie die Junkerorgane immer und immer wieder die letzte ungeheuerliche Tabakbesteuerung als eine unbedeutende hinzustellen versuchen. Bei den bisherigen Gepflogenheiten dieser Steuerdrück-

Berger hat das die Befehung, daß, wenn neue Steuern nötig werden — und das wird schon sehr bald eintreten — sie wieder alles tun werden, um auf die breiten Massen abzuwälzen. Und es waren immer konservative Stimmen, die dem Tabakmonopol das Wort geredet haben. Hat man doch gelegentlich der Tabakindustrie gedroht mit dem Tabakmonopol, wenn sie sich einer höheren Besteuerung des Tabaks nicht willig zeige. Wagt man es, der volkswirtschaftlich ruinösen Tabaksteuer eine sozial ausgleichende Wirkung anzudichten, dann muß man auch noch auf größere steuerliche Ungerechtigkeiten gefaßt sein.

Nach allen traurigen Erfahrungen der letzten Jahre ist es ein Gebot der Notwendigkeit, diesen Verteidigern der „Finanzreform“ scharf auf die langen Finger zu zeigen.

Rundschau.

Gewerkschaftsversammlung unter Polizeiaufsicht. Am 1. Januar erschienen in einer vom Gemeindeführerverband in Rathenow einberufenen Versammlung zwei Polizeibeamte zur Überwachung. Zu der Versammlung waren nur Berufsangehörige durch besondere Einladungs-zettel geladen. Ueber ihre Anwesenheit befragt, erklärten die Beamten, daß sie vom Polizeichef den Auftrag hätten, die Versammlung zu überwachen. Offenbar handelt es sich um eine Einschüchterung der Organisationsbestrebungen der Gemeindeführer. Gegen die gesetzwidrige Einschüchterung der Polizei wird selbstverständlich Beschwerde erhoben werden.

Die Staatsarbeiter sind rechtlos. Auch die Eisenbahndirektion Posen hat nach berühmtem Muster eine Bekanntmachung an die Eisenbahnarbeiter, in der es heißt, daß jeder Arbeiter nicht nur verpflichtet ist, seinem Vorgesetzten und allen Anordnungen der Eisenbahnverwaltung zu gehorchen, sondern er habe sich auch von der Teilnahme an „sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen“, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten. Insbesondere dürfen die Arbeiter nicht dem Transportarbeiterverband angehören, nicht streiken und keine sozialdemokratischen Zeitungen halten und verbreiten, andernfalls sie die Kündigung erhalten.

Was würde man den Arbeitern erst bieten, wenn die Organisationen nicht machtvoll hinter ihnen ständen!

Strafaußschub und Verjährung. Durch einen Erlaß des preußischen Justizministers wird die gnadenweise Bewilligung der Unterbrechung von Freiheitsstrafen, sowie die Stundung oder Teilzahlung gerichtlicher erkannter Geldstrafen geregelt. Die Unterbrechung von Freiheitsstrafen wird größtenteils von der Bewilligung der Staatsanwaltschaft abhängig gemacht, soll jedoch nur in besonderen Ausnahmefällen zugelassen werden. Innerhalb dieser Grenze sollen Vergünstigungen in der Hauptsache dazu benutzt werden, die häuslichen, wirtschaftlichen und bürgerlichen Verhältnisse der Beurteilten beim Strafaußschub zu berücksichtigen, und, soweit angängig, zu schonen. Insbesondere soll bei Geldstrafen durch angemessene Zahlungsbedingungen die Vollstreckung von Straf- und Freiheitsstrafen möglichst vermieden werden. Ein weiterer Erlaß legt den Staatsanwaltschaften nahe, nicht schematisch Handlungen zu setzen, durch die die Verjährung von Verletzungen des Strafgesetzes unterbrochen wird. Unter Vernachlässigung der Einzelfälle sollen unnötige Härten vermieden werden.

Vor und nach dem neuen Zolltarif. Durch Geschimpfe auf die Sozialdemokratie, chauvinistische Heße und unwahre Angaben über die Preise möchte die ultramontane-konservative Brotwucherpresse die Aufmerksamkeit von der sich fortgesetzt verschärfenden Teuerung ablenken und sie ablenken. Die nachfolgende Zusammenstellung beweist die Verteuerung seit dem Wirksamwerden der neuen Zölle in ganz unzweideutiger Weise. Es ist hier der Durchschnittspreis der letzten sechs Jahre vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge und der fünf Jahre nachher, und zwar nach den November-Notierungen in Berlin ermittelt worden. Danach kostete:

	Durchschnitt der Jahre 1901/06	1907/11	Steigerung in %
Roggenbrot 1 Kilogr. Pf.	25,19	29,74	18, —
Weizenbrot 1 „ „ „	42,32	51,37	21,4
Roggen 1 D. 3. M. „	146,02	176,20	20,6
Weizen 1 „ „ „	186,24	210,97	25,4

Die Brotpreise werden vom Statistischen Amt nach Stichproben aus 40 Geschäften festgestellt. Es war also der Preis im Durchschnitt der letzten fünf Jahre für Roggenbrot um 18 Prozent, für Weizenbrot um 21,4 Prozent höher als wie im Durchschnitt der sechs vorausgegangenen Jahre. Die Löhne der Arbeiter sind, wenn überhaupt, nicht annähernd so stark gestiegen. Da die Brotpreise weniger stark hinaufgingen als wie die Getreidepreise, diese wieder mehr nach oben tendieren, wird auch mit weiterem Steigen der Brotpreise zu rechnen sein. Trotzdem: die skandalöse Ausfuhrprämie bleibt bestehen und erlaubt den Junkern noch tollere Preisstreibererei.

Das kommende Hunger-Jahr. Wiederholt ist die Befürchtung laut geworden, daß die starken Viehverkäufe (die übrigens die Preise nicht sonderlich gedrückt haben) infolge der Dürre zu einem starken Fleischmangel im Frühjahr führen könnten. Man hat der preussische Landwirtschaftsminister, in der Landwirtschaftskammern eine Verfügung erlassen, in der es heißt, daß trotz des für die jetzige Jahreszeit außergewöhnlichen Tiefstandes der Preise für Schweine ein sehr bedeutender Auftrieb von Schlachtschweinen je gestellt sei. Diese Entscheidung und die Beobachtung, daß dabei ein erheblicher Anteil an Leichten und unreifen Schweinen zum Verkauf gelangt, deutet darauf hin, daß die Schweinehaltung in verschiedenen Gegenden in einer starken Abnahme begriffen sei. Es müsse auch damit gerechnet werden, daß die regelmäßige Anzucht von Schweinen nachzulassen beginne. Hierdurch eröffnen sich für die künftige Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sehr ungünstige Aussichten, besonders da im kommenden Jahr infolge der durch die mangelhafte Futterernte entstandenen Schwierigkeiten in der Erhaltung der Rindviehbestände die Schweinehaltung noch mehr wie bisher berufen sein werde, die Lücken in der Fleischversorgung auszugleichen.

Herr v. Schorlemer beredet uns auf die Fleischnot im Frühjahr vor. Selbstverständlich kann eine zu geringe Viehzucht im Inlande nur durch eine ausreichende Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande, namentlich aus den großen überseeischen Beständen, wettgemacht werden. Trotzdem theoretisch und praktisch — selbst in der deutschen Marine! — die Unschädlichkeit des argentinischen und australischen Gefrier- und Wüchsenfleisches erwiesen ist, billigte die Reichstagsmehrheit stets das Einfuhrverbot, das den Fleischmischer zu einer geheiligten Einrichtung im Reiche erhebt.

Will das deutsche Reich seine Fleischversorgung sichergestellt sehen, dann muß es dafür sorgen, daß der Reichstagsmehrheit Volksinteressen über Agrarierprojekte gehen!

Das Vieheinfuhrverbot wird, wie bekannt, mit der Gefahr der Einschleppung von Seuchen zu rechtfertigen gesucht. Wie schwach diese Ansrede ist, ergibt sich daraus, daß die Schweiz, die gegenwärtig lebhaften Viehhandel treibt, erst kürzlich wieder 12 Wagenladungen Rühre nach Spanien und viele Rühre nach anderen Ländern exportiert hat. — Die Stadt London hat im Jahre 1911 nicht weniger als 419 000 Tonnen Fleisch (die Tonne a 2000 Pfund) von auswärts bezogen, während innerhalb dieser Stadt 58 000 Rinder und 376 000 Schafe geschlachtet wurden. Hierzu kamen noch 174 000 Tonnen Fische. Den Speck bezieht London aus Holland, die Eier von Dänemark und ist dort von keiner Viehseuche die Rede. Nur in Deutschland wird der Preis des Fleisches von den agrarischen Machthabern in der bekannten Weise hochgehalten und trotz aller Sperrmaßnahmen stirbt bei uns die Maul- und Klauenseuche nicht aus.

Im Zeichen der Teuerung. Um die Gesundheit und Lebenskraft des deutschen Volkes zu erhalten — nicht etwa aus selbstsüchtigen Fortemonnaeinteressen, wie allgemein behauptet wird — ist von den herrschenden Junkern und ihrem Künigel das Einfuhrverbot für frisches Fleisch geschaffen worden. Und damit nicht etwa durch Verkauf des Fleisches, das von den Zollbehörden an den Grenzen konfisziert worden ist, die Mägen der deutschen Arbeiter gefährdet werden, schreiben das Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen vor, daß das über die Grenze geschmuggelte Fleisch, falls es in die Hände der Zollbehörde fällt, vernichtet werden muß. Eine recht treffende Illustration hierzu lesen wir im „Vorkener Wochenblatt“, einem Zentrumsorgane. Es heißt dort:

Einen guten Fang machten die Beamten des Zollamts. Mit dem Personenzug, der um 6 Uhr abends von Holland einläuft, waren unter der Deklaration „frische Seefische“ sechs Fischkörbe als Expressgut angekommen, die oben Eis und Schellfische enthielten. Als der Inhalt der Körbe aber einer genaueren Durchsichtigung unterworfen wurde, fand man unter den Eisstücken und Fischen sechs Säcke mit frischer Schweineleber im Gesamtgewichte von über 700 Pfund. Da die Einfuhr der Leber gesetzlich verboten ist, wurden die Lebern beschlagnahmt und werden jedenfalls von der Polizeibehörde vernichtet. Bei der gegenwärtigen Teuerung ist es eigentlich schade, daß man die 700 Pfund Leber in die Erde graben muß.

Millionen hungrige Mäuler müssen sich mit lagerter Nahrung begnügen, aus dem Kaminstein und aus den Kehrichthaufen werden die halbverdorbenen Nahrungsmittel hervorgegraben — und hier wird gutes schmackhaftes Fleisch in die Erde vergraben. Ist das nicht die schwerste Verfündigung am armen, darbenenden Volke?

Unternehmerterrorismus. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Carlshütte in Rendsburg befinden sich, wie wir wiederholt berichteten, seit längerer Zeit im Streit, weil die Direktion hartnäckig jedes Entgegenkommen verweigert. Der Unternehmerverband kommt nun der bedrängten Firma zu Hilfe. Folgendes, vom 21. Dezember datierte Schreiben des Arbeitgeberverbandes Rendsburg, an den Arbeitgeberverband Neumünster gerichtet, ist jetzt an die Öffentlichkeit gelangt:

„Auf die Karte vom 8. d. M. erwidern wir Ihnen hiermit, daß, nach den von der Aktiengesellschaft der holländischen Carlshütte angestellten Ermittlungen, die Firma Gebr. Lehmann dort existiert und zwar im Kleinflaen. Wir erlauben Sie, nunmehr wegen der Entlassung des Schlossers R. sofort das Weiter zu veranlassen und uns von dem Erfolg ihrer Bemühungen gefl. sofort Mitteilung zu machen.“

Ein Beitrag zur Zuchthausvorlage!

Der Arbeitswilligen-Revolver gegen den Unternehmer! Bei der Firma Schreiber, Darmhandlung in Lübeck, stellen kürzlich 20 Darmarbeiter wegen Tarifbruchs des Unternehmers und Maßregelung des Vertrauensmannes die Arbeit ein. Die Verhandlungen mit dem Zentralverband der Fleischer scheiterten. Schreiber rechnete auf „die lieben Arbeitswilligen“, die aber, soweit es sich um gelebte Fleischer handelte, nicht kamen. Da reizten weder 100 Prozent höhere Löhne, noch sonstige Beripredigungen des Unternehmers. Flugs wurden bei einem Hamburger Streikbrecheragentur „wirkliche Arbeitswillige“ bestellt, die den Auftrag prompt erledigte. Acht „Hinzbrüder“, mit Revolvern ausgerüstet, erschienen. Möchte die recht ungewohnte Arbeit es sein oder das nicht völlig erlöschene Ehrgefühl, — kurz, es gelang der Streikleitung halb, vier Mann abzuschleichen. Die anderen vier bedrohten die Streikposten mit dem Revolver. Ein Wochenlohn von 25 M. reizte sie zu Streikbrecherdiensten; brandgefährliche Leute erhalten nicht einmal den tariflichen Minimallohn von 25,50 M., sondern sollten für 22 M. arbeiten.

Die schlechte Bitterung wirkt recht verderblich auf die Därme, die jetzt tagelang liegen bleiben und einen pestilenzialen Gestank verbreiten. Die arbeitswilligen Hinzbrüder weigerten sich, diese Därme anzuarbeiten. Als der Meister deshalb schimpfte, gingen sie auf ihn los. Selbst den Chef bedrohte ein nützliches Element mit dem Revolver! Der rückte aus, holte die Polizei und ließ den Hinzbrüder verhaften; die anderen hat er plötzlich entlassen. — Jetzt klagt jeder von ihnen auf 70 M. für 14tägigen Lohn wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist.

Trotz dieser Erfahrungen gibt Schreiber nicht nach. Der Streit dauert fort.

Ein empfehlenswerter Arbeitswilligenagent, so berichtet man aus Halle a. S., stand in der Person des 37-jährigen, mehrfach vorbereiteten Schlossers Wihl. D. h. m. er vor der Strafkammer. Geiziglich des Streiks in der Maschinenfabrik von Weise & Monst war W. in ein hiesiges Gasthaus gegangen und hatte für die Firma 10 bis 15 Arbeitswillige angeworben. W. veranfaßte dann ein kleines Festmahl, ließ dann den „Ober“ Speisen, Getränke, Zigarren anfragen und sagte, die Firma bezahle alle. Als der Ober am anderen Morgen die Rechnung präsentierte, verweigerten die Firmeninhaber die Zahlung, da sie zu der Schmauserei keinen Auftrag erteilt hatten. Wöhmer, der sich dann aus dem Staube gemacht hatte, wurde wegen Betruges zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Kapitalistisches Tellen! Daß es dem Arbeiter sehr gut gehe, daß er keine Ursache habe, unzufrieden zu sein, daß er aus Dankbarkeit für die gefüllte Kompostschüssel bürgerlich wählen müsse, das zu beweisen ist der Ordnungsdressierte heisse Bestreben. Allerdings, es gibt gefüllte Kompostschüsseln, — aber bei den Arbeitern nicht! Es gibt auch riesenhafte Einkommen, aber die Arbeiter müssen sich mit bescheidenem Verdienste begnügen. Wie ungleich geteilt wird, veranschaulicht die folgende Aufstellung. Sie registriert nach den wirklich gezahlten Löhnen der Unfallberufsgenossenschaften die Durchschnittseinkommen der Arbeiter. Wir haben dabei nicht die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter eingestellt, sondern pro 300 geleistete Arbeitstage einen sog.ollarbeiter. Die so ermittelten Tageslöhne entsprechen daher genau dem tatsächlich erzielten Durchschnittseinkommen. Damit sie recht hoch erscheinen, wählen wir zu unserem Vergleich die im Hochkonjunkturjahr 1907 verdienten Löhne. Den Arbeitervereinkommen anschließend lassen wir die „Löhne“ einiger bekannter Personen folgen. Welche Zahl von Lohnarbeitern damit einzusehen ist, sei der Phantasie der Leser überlassen. Hier die Tabelle, die dies reizende oder aufreizende Tellen demonstriert:

	Zahl der Kollarbeiter	Einkommen pro Jahr M.	pro Tag M.
Alle Berufsagenossenschaften	7 869 421	1 069	298
Schleifische Eisen- u. Stahlw.-G.	111 431	980	268
Papierverarbeitungs-G.	131 360	885	242
Bayerische Holzindustrie-G.	45 538	876	240
Schmiede-G.	118 807	844	231
Leinen-G.	68 830	795	218
Nordb. Textilindustrie-G.	130 911	798	217
Fleischerei-G.	127 318	662	182
Tabak-G.	165 837	602	165
Schleifische Textil-G.	61 189	583	159
Frau Bertha Krupp-Wohlen, Fabrikbesitzerin		18 000 000	4 931 510
Fürst v. d. D. Donner, marck, Großgrundbesitzer		12 000 000	3 287 071
Graf v. Tiele-Windler, Großgrundbesitzer und Grubenherr		6 000 000	1 143 835

61 189 schleifische Weber und 37 310 thüringische Bauarbeiter zusammen haben nur etwas mehr Einkommen, wie die fünf Ausgewählten des Glückes! Das heißt, wenn die 98439 das ganze Jahr hindurch arbeiten, was bei den Fünfen keine Voraussetzung ist!

Wie eine Familie von vielleicht vier oder fünf Köpfen bei einem Einkommen von 159 M oder setzen es auch 298 M pro Tag lebt, das kann man sich leicht ausmalen. Die Beköstigung eines Zuchthauskellers kostet mehr, als pro Kopf einer Proletarierfamilie aufgewendet werden kann!

Wahne der deutschgeborenen Bevölkerung in Nordamerika. Nach amtlicher Feststellung ist die Kopfszahl der deutschgeborenen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten im Jahre 1910 um 11,2 Prozent zurückgegangen. In der Stadt New York betrug der Rückgang seit dem Jahre 1900 44 998 Personen.

Für die christliche Tabakarbeiter-Zeitung. Das „neutrale“ Christenorgan benutzt in seinem Kampfe gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie jede Gelegenheit zur Anrempelung. So sahien ihr auch die Erklärung des Redakteurs der Tagwacht, Genossen Westmehers, die er in der Göttinger Freien Volkszeitung veröffentlichte, ein fetter Happen zu sein. Aus einer Erklärung des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs, die wir nachstehend abdrucken, geht hervor, daß von einer Notlage oder Mangelversorgung nicht die Rede sein kann. Freilich wird die christliche Tabakarbeiter-Zeitung nicht so anständig sein und ihren Lesern nun auch die Erklärung des Landesvorstandes bringen. Diese lautet:

„Zur Steuer der Wahrheit. Unter Verantwortlichkeit und vom Verlag der Nationalliberalen Partei in Stuttgart wird im ganzen Lande ein Flugblatt verbreitet, worin die Verherrlichung des Genossen Westmehers in der Göttinger Freien Volkszeitung am 18. Dezember d. J. zugunsten der Nationalliberalen Partei auszusprechen versucht wird. Dieses Verfahren einer politischen Partei, die Auslassungen eines Genossen, die lediglich keine persönliche Auffassung von bestehenden Differenzen darstellen, zu Wahlzwecken auszunützen, überlassen wir ruhig der Beurteilung der Wähler. Als die Körperlichkeit, die als ausführendes Organ der Beschlässe der Landesversammlung verantwortlich in Betracht kommt, stellen wir fest, daß die Landesversammlung im September 1911, nachdem etwa zwei Jahre lang der Streit in der Redaktion andauerte hatte, die Kündigung aller in Betracht kommenden Redakteure beschloßen hat. Der Austritt dieser Redakteure erfolgte am 1. Oktober. Dem Genossen Westmehers wurde jedoch das volle Gehalt bis zum 31. Dezember 1911 im Betrage von 75 M ausbezahlt. Schon im Juli 1911 war auf Beschluß der beiden Körperlichkeiten (Landesvorstand und Landesauschuß) dem Genossen Westmehers bei freiwilligem Austritt aus der Tagwachtredaktion angeboten worden, deren ständiger Mitarbeiter zu werden, mit einem sicheren Jahresbezug bis zu 2400 M. Genosse Westmehers hat dieses Angebot abgelehnt. Somit kann von niemand gegen verantwortliche Organe der Partei der Vorwurf der Maßregelung oder gar der planmäßigen Ausschaltung erhoben werden. Stuttgart, 29. Dezember. 1911. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs.“

Berichte.

Leuzgo. Am 2. Januar fand im Mohrmanischen Saale eine Mitgliederversammlung statt, die auf beschloß war. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Abrechnung vom 1. Quartal 1911. Den Vortragsbericht gab Kollege Bölling. Die Kasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 1541,45 M. Für Extra-

Aus einer christlichen Gewerkschaft.

Die christlichen Gewerkschaften nehmen es nicht so genau, wenn es sich um die Feststellung ihrer Kassenverhältnisse, Mitgliederziffern oder um die Zahl der Teilnehmer an Kämpfen mit den Unternehmern handelt. Sie haben das Bedürfnis, ihre Schwäche gegenüber den freien Gewerkschaften möglichst zu verdecken und verstehen das „Frisieren“ außerordentlich, was zu Nutz und Frommen aller einmal wieder durch nachstehendes vor Gericht festgestelltes Material nachgewiesen sein möge.

Authentische Darstellung der heillosen Mißwirtschaft im Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands, Sitz in Schaffenburg. Verlag von Johannes Wolf, Hamburg. — Unter vorstehendem Titel erschien im August v. J. eine bei Richard Kühne Nachf. in Oberhausen gedruckte Broschüre des früheren Redakteurs der christlichen „Gewerkschaftsstimme“, Johannes Wolf, in welcher die Verwaltungspraxis des Verbandes eine äußerst kritische Beleuchtung erfährt. Bei einer Mitgliederzahl von 13 000 und einer Jahreseinnahme von 220 000 M gab die Broschüre eine Schuldenlast von 70 000 M an, dem anderenfalls an gezahlten Unterstützungen nur 5000 M, dagegen an Verwaltungskosten 170 000 M gegenüberstellen. Die Broschüre erregte bei ihrem Erscheinen begreiflicherweise großes Aufsehen, da sie ein Bild von den Zuständen des genannten zentrumschristlichen Verbandes entwarf, der für die Verwaltung geradezu vernichtend war. Insbesondere trafen diese Vorwürfe den an der Spitze des Verbandes stehenden bayrischen Landtagsabgeordneten Oswald, dem eine Menge recht ehrenwürdiger Dinge vorgeworfen wurden, die er unter Verletzung der Verbandzwecke unternommen haben sollte. Merkwürdiger Weise klagte Oswald nicht gegen diejenigen Zeitungen, welche auf den Inhalt der Broschüre eingingen und die Verbandsleitung auf Grund der Broschüre angriffen. Dagegen wurden einige Redakteure vor den Kadi gezerrt, und auch bestraft, welche auf die sich zwischen Wolf und Oswald entspinnende Zeitungspolemik hin einen Artikel aufnahmen, der Gelegenheitsangriffe gegen eine ganz nebensächliche Person, den Bezirksleiter Eichmann in Düsseldorf, brachte. Erst kurz vor Schluß der Verjährungsfrist ging der Verbandsvorstand (Oswald, Tremmel und Forster) dann auch im Wege der Privatklage gegen Wolf selbst vor. Aus dem Umstand nun, daß Wolf nicht imstande war, den Beweis für alles das zu erbringen, was er in der Broschüre behauptet hatte, und deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, schlagen nun die sogenannten „Christlichen“ insofern Kapital, als sie es so hinzustellen versuchen, als ob im Verbands des Herrn Oswald alles aufs Beste bestellt sei. Uebrigens ist das Urteil noch kein endgültiges, da Wolf Berufung eingelegt hat. Die braven „Christen“ hätten alle Ursache, gar nicht so großes Aufsehen von der Verurteilung Wolfs zu machen, da die Verhandlungen vor dem Schöffengericht in Duisburg-Kuhrort je mancherlei ergaben, was die vollen ehrlichen Seemänner lieber nicht an das Licht der Öffentlichkeit gezogen hätten. So z. B. die Bekundigungen über die in den christlichen Verbänden geübte Buch- und Kassenführung. Was darüber zu Tage gefördert wurde, würde in den freien Gewerkschaften unmöglich sein, es seien deshalb die Verhandlungen, so weit sie die Buch- und Kassenführung betreffen, hier noch nachträglich kurz wiedergegeben.

In Bezug auf das Finanzwesen heißt es in der Wolfschen Broschüre, daß der Verband am 1. Januar 1908 ein Bankguthaben von 31 000 M besessen habe, daß aber am 1. Januar 1909, nachdem der „Mein herrscher“ Oswald die Leitung ein Jahr in Händen hatte, nicht nur dieses Guthaben völlig aufgewirtschaftet war, sondern daß auch noch im Dezember 1908 ein Darlehen von 5000 M aufgenommen werden mußte. Als der Verband dann trotz der ungünstigen Vermögenslage in Solingen einen Lohnkampf der Lithographenarbeiter führte, wurden noch zwei Anleihen in Höhe von 51 000 M und 8000 M aufgenommen. Nach der Berechnung Wolfs mußte nun der Verband zu der fraglichen Zeit eine Schuldenlast von 77 987 M an sich zu decken haben. Statt dessen war ein Kassenvermögen in Höhe von 22 763 M an gegeben. Hierin sollte nach Wolfs Behauptungen eine Täuschung der Mitglieder, eine Bilanzverschleierung liegen. Herr Oswald behauptete, daß die Bücher in Ordnung und dem Verbandsvorstande Decharge erteilt seien und daß der beidigte Sachverständige, Bücherrevisor Melchner in München sich sehr günstig über die Buchführung ausgesprochen und „alles in Ordnung“ befunden habe. Letzteres ist richtig, das sehr umfangreiche Gutachten kommt sogar zu der Schlussfolgerung, daß überhaupt kein Defizit vorhanden gewesen sei, trotz der Anleihen! Wolf berief sich für die Richtigkeit seiner Angaben auf das Zentralblatt Nr. 13 des Zentralverbandes der christlichen Gewerkschaften und auf die ihm vom Vorstande in seiner Eigenschaft als Bezirksleiter über sandten Statistiken. Er fand in der gesamten Einnahme so wenig wie im Schuldenkonto die drei Anleihen verzeichnet. Da aber unter der Rubrik „An Sammlungen usw.“ als „Sonstige Einnahmen“ 64374 M verbucht waren, so vermutete er, daß man hierin die Anleihen verstaubt habe. Die Verhandlung vor dem Ruhrorter Schöffengericht ergab denn auch, daß die beiden Anleihen von 51 000 M und 8000 M

unter „Sonstige Einnahmen“ verbucht waren, ohne als Anleihen kenntlich gemacht zu sein! Es ist an sich schon auffallend, daß zwei Anleihen in Höhe von 59 000 M unter dem Rubrum „Sonstige Einnahmen“ figurieren, ohne dabei die Anleihen kenntlich zu sein, so sehr es doch allem die Krone auf, wenn 59 000 M Anleihen kein Schuldkonto gegenüber steht! Die Buchführung täuscht also eine Einnahme in Höhe von 59 000 M vor, die in Wirklichkeit eine Schuldenlast war. Hatte Wolf da nicht recht, wenn er von Täuschung der Mitglieder und Bilanzverschleierung redete? Ach nein! Die Sache ist zwar etwas „verzwickelt“, wie der Fraktionskollege des Herrn Oswald als Sachverständiger betonte, aber sie erklärt sich ganz natürlich. Herr Oswald behauptet nämlich: „Meber Aktiva und Passiva habe noch keine einzige Gewerkschaft Auskunft gegeben! Eine Verpflichtung hierzu bestehe auch nicht. Diese Art Buchung sei die in den Gewerkschaften übliche!“

Da Wolf und sein Verteidiger das nicht glaubten, so legten sie Herrn Stegerwald, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der als Zeuge anwesend war, die Frage vor, wie er über die Buchung der Anleihen recht, wenn er von Täuschung Herr Stegerwald unter Eid recht merkwürdige Dinge. Zunächst gab er die Angaben im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften preis. Diese könnten keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben (!), weil sie nur „schätzungsweise“ aufgestellt und auch anders rubriziert seien, wie die Verbandsrechnungen. Dann meinte Herr Stegerwald weiter, die gewerkschaftliche Buch- und Rechnungsführung sei viel komplizierter als in kaufmännischen Betrieben! Auch ist er derselben Ansicht wie Oswald, wonach die von den Klägern angewandte Buchführung die in den Gewerkschaften übliche sei. Auch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften wendeten dieselbe an. Das ist natürlich Unsin. Die freien Gewerkschaften würden ihren Vorständen schon auf die Finger klopfen, bei einer solchen Buchführung. Der Verteidiger Wolfs bestreift die Behauptung des Herrn Stegerwald denn auch entschieden und forderte ihn auf, auch nur eine freie Gewerkschaft mit dieser famosen „christlichen Buchführung“ zu nennen. Herr Stegerwald schweig zunächst, nannte dann aber auf wiederholtes Drängen des Verteidigers von Wolf den Schmeideverband! Herr Stegerwald mußte aber auch noch einen anderen Entschuldigungsgewand für das Nichtbuch der 59 000 M als Anleihe. Er hat nämlich zu Herrn Oswald gesagt, daß, wenn sein Verband in Zukunft gut wirtschaftet, ihm wahrscheinlich ein Teil der Anleihe geschenkt werde. Und weil nun der Verbandsvorstand nicht habe wissen können, wie viel ihm von der Anleihe geschenkt werde, deshalb habe er keine bestimmte Summe als Anleihe buchen können! —

Das ist nicht etwa ein sauler Wisz, sondern ein unter dem Zeugeneide abgegebene Erklärung des Herrn Stegerwald, Zentralvorsitzender des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften. Auch der Verbandsvorsitzende Oswald hatte bereits bei seiner Vernehmung denselben Einwand erhoben. Uebrigens waren inzwischen tatsächlich 5000 M von der Schuldenlast erlassen. Als der Gerichtsvorsitzende die Frage aufwirft: Ob Herr Stegerwald sich denn nicht doch für verpflichtet halte, als Vorsitzender eines Verbandes den Mitgliedern Auskunft über den Vermögensstand zu geben, antwortete er, daß den Delegierten auf der Generalversammlung ja mündlich (!) Auskunft gegeben werde. Und als der Vorsitzende des Gerichts dann weiter fragt: Ob Herr Stegerwald nicht die Auskunft habe, daß die Anleihe doch wohl als Schuldkonto hätte gebucht werden müssen? und Herr Stegerwald darauf begimmt: „Herr Oswald konnte ja nicht wissen...“ tritt dessen Verteidiger, Justizrat Dr. Kumpf aus München (der zweite Vorsitzende des Katholikentages in Mainz), vor und behauptet kühn: „Die Gewerkschaften ziehen ja gar keine Bilanz, die geben nur Einnahme und Ausgabe an“. Die Herrschaften aus dem Zentrallager müssen ja wissen, wie es in den christlichen Gewerkschaften aussieht.

Interessant und recht lehrreich war auch die Verlesung des Gutachtens von dem Fraktionskollegen des Herrn Oswald, dem schon erwähnten Zentrumsabgeordneten Malchner. Dieser Herr hat die Kassengehäfte des Oswaldschen Verbandes in „allerbesten Ordnung“ befunden. Den Vorwurf der Bilanzverschleierung könne man wegen der Richteinstellung der 59 000 M in das Schuldkonto nicht erheben, da diese Art der Rechnungsführung in den Gewerkschaften überall eingeführt sei! (Und das bekundet ein vereidigter Bücherrevisor unter seinem Sachverständigeneid!) Der Herr Landtagsabgeordnete und vereidigte Bücherrevisor sagt aber noch weiter in seinem Gutachten: Es dürfte nur wenige Mitglieder im Verbands geben, die sich in dem „verzwickten“ Rechnungsverfahren einer Gewerkschaft zurechtfinden! Der Herr „Sachverständige“ befundet ferner, daß die Vorwürfe Wolfs auf „willkürlicher Kombination“ beruhen, gibt aber andererseits wieder zu, daß wegen der Kompliziertheit der Buchführung ein Uneingeweihter zu der Auffassung kommen könne, daß etwas nicht stimme. Rechtsanwalt Markowiz als Verteidiger Wolfs lehnte zwar diesen „Sachverständigen“ als Gutachter ab, doch hatte er damit kein Glück. Das Gericht lehnte auch den Antrag auf Vernehmung von Sachverständigen aus den Kreisen der freien Gewerkschaften ab, welche nachweisen sollten, daß die von Oswald, seinem Verbandsbeamten und dem „Sachverständigen“ Bücherrevisor Malchner aufgestellten Behauptungen über die gewerkschaftliche Buchführung nicht richtig seien.

Sehr lehrreich für das Gewerkschaftsleben war auch wohl die weitere Bekundung des Herrn Stegerwald,

auf die Frage: wie er darüber denke, daß im Oswaldschen Verbands der größere Teil der Gehälter unter den Rubriken „Unterstützungen, Rechtschutz, Agitation, Streikausgaben usw.“ verbucht werde? Zur allgemeinen Verblüffung antwortete der Vorsitzende des christlichen Zentralverbandes nämlich hierauf, daß diese Praxis in den Gewerkschaften allgemein üblich sei — aus Zweckmäßigkeitsgründen! Auch in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften werde diese Praxis geübt! Natürlich ist das eine Unwahrheit.

Von den Zeugenaussagen, fast alle Angestellte des Oswaldschen Verbandes, sei noch die des Revisors Wettemann aus Regensburg erwähnt, der die Buch- und Kassenführung „vollständig in Ordnung“ gefunden hat. Was der Mann unter geordneter Buchführung versteht, geht daraus hervor, daß auch er mit der Nichtbuchung der 59 000 M als Schuldkonto einverstanden war. Daß die Anleihe von 5000 M überhaupt nicht eingetragen ist, findet er gleichfalls in Ordnung, weil dieser Betrag ja gar nicht verbraucht sei! Sehr beachtenswert ist auch die Bekundung des Verbandsvorstandes, daß er die Verantwortung für die aus dem Verbandsbureau an die Bezirksführer gesandten Statistiken ablehnt, weil diese Statistiken eine — Privatarbeit des zweiten Vorsitzenden sind!! (Auf diese ihm aus dem Verbandsbureau in seiner Eigenschaft als Bezirksleiter gesandten Statistiken hatte Wolf seine Broschüre aufgebaut.)

Die beiden Anwälte, welche als Vertreter des Oswaldschen Verbandes gegen Wolf zu Felde zogen, Justizrat Dr. Kumpf aus München und Dr. Elbers aus Schaffenburg, halfen sich über die fatalen Tatsachen bezüglich der Buch- und Kassenführung dadurch hinweg, indem sie von dem Grundsatze ausgingen, es komme lediglich darauf an, ob Oswald subjektiv die Verschleierung der Vermögenslage des Verbandes gewollt habe. Das sei aber sowohl durch den Sachverständigen wie durch die Zeugen widerlegt. Im übrigen versuchte man, namentlich Herr Dr. Kumpf, die Broschüre als eine „sozialdemokratische Machie“ hinzustellen. Und dann forderten beide Herren die „ganze Strenge des Gesetzes“ für den Sünder.

Das Urteil lautet denn auch, obwohl Wolf noch unbestraft ist, auf 400 M Geldstrafe. Das Gericht hatte den Oswaldschen Zeugen, auch dem famosen Sachverständigenurteil, vollen Glauben beigemessen und eine absichtliche Verschleierung der Kassenführung für unbewiesen erachtet. Es hält die Buchführung auf Grund der Bekundungen für „vollständig in Ordnung“, wenn auch die Art der Verrechnung nach außen hin unrichtig erscheine, weil die Anleihe nicht als Anleihe kenntlich gemacht sei. Das hätte allerdings durch einen Zusatz zu der Rubrik „Sonstige Einnahmen“ geschehen müssen. Jedes habe das Gericht angenommen, daß eine Täuschung der Mitglieder nicht beabsichtigt war. Ob eine Täuschung der Kirch- und sozialdemokratischen Gewerkschaften beabsichtigt gewesen sei, könne dahingestellt bleiben.

Herr Stegerwald, der Vorsitzende des Zentralverbandes der christlichen Gewerkschaften habe befundet, daß die geübte Art der Buchführung die in den Gewerkschaften übliche sei und da Herr Oswald sowohl wie Herr Stegerwald den Delegierten der Generalversammlung in Köln (Mai 1910) mündliche Auskunft gegeben hätten, so ergebe sich daraus, daß die Mitglieder nicht hätten getäuscht werden sollen.

Tatsache sei allerdings, daß kein Barvermögen, sondern eigentlich ein Defizit in der Kasse gewesen sei.

Nicht nur Wolf in seiner Broschüre, sondern auch Stegerwald auf der Generalversammlung hatten von einer Schuldenlast des Verbandes in Höhe von 70 000 M gesprochen. Um ein günstigeres Resultat zu erzielen, hatte man alle Lokalkassenbestände in Höhe von 15 522 M sowie das angebliche Verbandsvermögen bei der Zentrale in Höhe von 22 762 M und die inzwischen erfolgte Schenkung der 5000 M zusammenaddiert, so daß man schließlich auf 43 284 M kam. Bleibe nach dieser allergünstigsten Manipulation immer noch eine Schuldenlast von rund 15 000 M, während man im Rechenschaftsbericht von einem Vermögensbestand in Höhe von 22 762 M spricht!

Nicht nur die Buchführung des „christlichen“ Staats-, Gemeinde- u. Verbands ist durch diesen Prozeß gerichtet, sondern die christlich-gewerkschaftliche Buchführung überhaupt.

Wir sind deshalb auf diesen Prozeß eingehender zurückgekommen, weil die christliche Gewerkschaftspresse die größten Anstrengungen macht, den Fall Wolf den Sozialdemokraten an die Rockhöhe zu hängen und weil sie ferner alles daran setzt, ihren Lesern ein völlig ungenügendes Bild über die Abrechnungsmethoden in den christlichen Gewerkschaften zu geben.

Das Zentralblatt christlicher Gewerkschaften droht gar dem freien Schmeideverband mit einer neuen Klage, weil dieser sich die falsche Unterstellung Stegerwalds über die Bilanz des Verbandes nicht gefallen lassen will.

Cabakleute als Reichstagskandidaten 1912.

Als Kandidaten, die als Arbeiter oder als Fabrikanten der Tabakindustrie angehören oder aus ihr hervorgegangen sind, kommen für die Reichstagswahl 1912 in Betracht: a) Sozialdemokraten für die Reichstagswahl 1912 in Betracht:

- a) Sozialdemokraten.
 C. Maute, Bg.-Fabr., Wahlkr. Witterfeld-Deichsd.;
 C. Riendorf, Redakteur, Wahlkr. Saderleben-Sonderburg;
 L. v. Elm, Genossenschaftsbeamter, Wahlkr. Ottenen-Binnberg;
 S. Gerse, Genossenschaftsbeamter, Wahlkr. Verden-Nahim;
 C. Deichmann, Gewerkschaftsbeamter, Wahlkr. Einbeck-Northheim;
 W. Feib Jener, Bg.-Fabr., Wahlkr. Tiedtburg-Blund;
 G. Kämpfer, Bg.-Fabr., Wahlkr. Molenburg o. T. (Wagern);
 A. Raden, Bg.-Fabr., Wahlkr. Dresden-Mühlstadt;
 F. Geyer, Bg.-Fabr., Wahlkr. Leipzig-Land;
 F. Wollentühr, Part.-Sekr., Wahlkr. Glauchau-Meerane;
 G. Pfeiffe, Buchh., Wahlkr. Seibelsberg;
 D. Antrich, Part.-Sekr., Wahlkr. Solzminde (Braunschw.);
 S. Förster, Bg.-Fabr., Wahlkr. Meuß u. L.;
 H. Gente, Redakteur, Wahlkr. Bremen.
- b) Fortschrittliche Volkspartei.
 Stimmelsbach, Bg.-Fabr., Wahlkr. Lahr.
- c) Freikonservative Partei.
 Kommerzienrat Schmidt, Bg.-Fabr., Wahlkr. Altenburg.

Die deutschen Konsumvereine im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 brachte durch die Dürre und die dadurch hervorgerufene Teuerung sowie die Erschwerung des Frachtverkehrs auf den Flüssen für die Lebenshaltung der breiten Massen eine bedeutende Erschwerung und Verteuerung. Umso mehr wurde freilich in den minderbemittelten Kreisen die Bedeutung der Organisierung des Konsums erkannt, so daß die deutschen Konsumvereine auf die 1911 erzielten Erfolge mit Zufriedenheit zurückblicken können. Nach den Angaben der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau ist zwar nur eine Zunahme von 19 Vereinen im Zentralverband deutscher Konsumvereine zu verzeichnen, er zählt jetzt 1170 Mitglieder. Aber gerade diese geringe Zunahme ist ein deutliches Zeichen von einer innerlichen Verstärkung der Bewegung. Es sind nicht nur in vielen Fällen die bestehenden kleinen Konsumvereine zu großen, zu Bezirkskonsumvereinen verschmolzen worden, sondern es ist auch planmäßig daran gearbeitet worden, daß, wo sich das Bedürfnis geltend machte, einen Konsumverein zu gründen, diese Gründung nur vorgenommen wurde, wenn es möglich war, eine Warenverteilungsstelle von einem in der Nähe gelegenen Verein einzurichten. Die Statistik wird gegenwärtig erst aufgearbeitet; man kann aber damit rechnen, daß die deutschen Konsumvereine, soweit sie dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, 1911 ihre Mitgliederzahl auf 1 1/2 Millionen gesteigert haben. Es ist also eine zahlenmäßige Ausdehnung und eine innere Stärkung Hand in Hand gegangen.

Der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind jetzt 210 Genossenschaften angeschlossen, die rund 600 Personen als Mitglieder angenommen haben. Die Beiträge beliefen sich auf 575 000 M. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 125 000 M. Das Vermögen der Kasse hat die zweite Million überschritten. Nach Ablauf der fünfjährigen Karenzzeit hat die Kasse mit der Auszahlung von Renten begonnen. Es werden 3864 M für Invaliden- und Altersrenten und 1181 M für Witwen- und Waisenrenten gezahlt. Die Summe scheint unerheblich, doch darf man nicht vergessen, daß die Kasse erst sechs Geschäftsjahre zählt und daß ihr natürlich nicht von Anfang an so viele Mitglieder wie jetzt angehört.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine rechnet auf einen Geschäftsumsatz von 105 bis 107 Millionen Mark im Jahre 1911. Sie wird also zweifelsohne den Umsatz von 100 Millionen Mark erreichen. Diese Vermehrung des Umsatzes hat allerlei sonstige Veränderungen zur Folge. So werden in Gröba und Nürnberg neue Lagerhäuser errichtet. In Gröba werden ferner neue Fabrikgebäude und ein neues Verwaltungsgebäude gebaut. Wie stark sich die Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft ausdehnt, sieht man am besten daran, daß die von ihr vor einem Jahre in Benutzung genommenen neuen Räume in Hamburg, die eine sehr erhebliche Erweiterung des alten Geschäftshauses brachten, bereits wieder voll besetzt sind. Auch die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die gegenwärtig im Geschäftshaus der Großeinkaufsgesellschaft zur Miete wohnt, reicht mit den Räumen, die sie jetzt inne hat, nur noch kurze Zeit, so daß sie sich wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Geschäftshaus wird bauen müssen. Sie ist im Laufe weniger Jahre zu einem respektablen Großbetriebe mit mehr als zwei Millionen Mark Umsatz geworden. Dieses Wachstum hat Veranlassung gegeben, daß im neuen Jahre die Frage, ob die juristische Form der Verlagsanstalt, die heute ein offene Handelsgesellschaft ist, nicht zu ändern ist, von allen beteiligten Faktoren einmal eingehend erörtert werden wird. An der Ausdehnung der Verlagsanstalt hat auch die konsumgenossenschaftliche Presse teilgenommen. Die konsumgenossenschaftliche Rundschau hat jetzt etwa 10 000 Bezahler, während das Volksblatt in einer Auflage von 360 000 Exemplaren gedruckt wird. Seit dem 1. August erhebt sich für den Verband rheinisch-westfälischer Konsumvereine eine Sonderabgabe des Volksblattes, und am 1. Januar folgt der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit einer weiteren Sonderabgabe. Können so die deutschen Konsumvereine recht zufrieden auf das Jahr 1911 zurückblicken, so müssen sie sich jedoch völlig darüber klar sein, daß die Zahl ihrer Feinde gewachsen ist. Die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Erörterung des Antrags Hammer sowie verschiedene andere Steuerpläne zeigen das zur Genüge. Bisher aber haben alle Versuche, die Konsumvereine zu belästigen, nur die eine Folge gehabt, sie enger zusammenzuschließen. Hoffen wir, daß das auch im neuen Jahre der Fall sein wird.

Alles oder Nichts!

Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie gegen alle Arbeiterschutzgesetze stimmt, weil sie dem Alles- oder Nichts-Standpunkte huldige, gehört mit der Variation, daß sie auch deswegen dagegen stimme, damit die Arbeiter immer elend und unzufrieden, also „revolutionär“ bleiben, zu den allerältesten Stinkbomben der nationalen Wahlagitation. Früher wurden dieser Vorwürfe nur durch Konervative und Sozialistenfresser erhoben, jetzt sind es auch das Zentrum und die Liberalen, welche gemeinsam mit dem Reichsverband zur Beschmutzung der Sozialdemokratie den alten Tratsch daher beten.

Wie steht es mit der Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den großen Arbeiterschutzgesetzen in Wirklichkeit aus?

Die Flugblätter des Zentrums, der Nationalliberalen und der „gemeinigen“ Liberalen schreiben mit geradezu beängstigender Einmütigkeit: Die Sozialdemokratie stimmt gegen die Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung, z. B. gegen das Krankenversicherungsgesetz von 1883, gegen das Unfallversicherungsgesetz von 1884 und gegen das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz von 1889. Sehen wir uns einmal diese drei Behauptungen etwas genauer an.

Der Krankenversicherungsentwurf war dem Reichstage, in welchem die Sozialdemokratie ganze 12 Sitze inne hatte, mit dem zweiten Unfallversicherungsentwurfe zugegangen (darüber siehe weiter unten), nur das Krankenversicherungsgesetz wurde am 31. Mai 1883 angenommen.

Der sozialdemokratischen Fraktion verweigerte man einen Sitz in der Kommission, die 50 Sitzungen abhielt! Sie konnte nur ihre Wünsche im Plenum vortragen! Nach ihrer Forderung sollten verpflichtend sein:

alle Angehörigen des Deutschen Reiches, sowie alle dauernd in Deutschland sich aufhaltenden Ausländer, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein Einkommen bis zu 7,50 M pro Tag haben.

Als Mindestleistungen wurden gefordert:

vom ersten Krankheitsstage an für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit Krankengeld in der Höhe des ortsüblichen Tageslohnes, mindestens aber zwei Mark bei den Berufskrankenkassen;

freie ärztliche Behandlung und Arznei; eine Wöchnerinnen-Unterstützung von sechs Wochen;

im Todesfalle eine die Begräbniskosten bedeckende Unterstützung;

die bestehenden Fabrikkrankenkassen sollen aufgelöst werden;

für die freien Hilfskrankenkassen war der Weg von jedem Hindernis freizumachen versucht.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes war man der sozialdemokratischen Forderung, alle Angehörigen des Deutschen Reiches zu versichern, so weit entgegengekommen, daß die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter beschlossen wurde. Die Konserverativen und das Zentrum erklärten gemeinsam: Wir lassen das ganze Gesetz scheitern, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht wieder aus der Versicherung herauskommen! Alles was wir wollen oder nichts, war ihr Standpunkt.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit Gelächter abgelehnt. Unter den 99 Stimmen, die gegen das ganze Gesetz gezählt wurden, befanden sich 60 (!) linksliberale! Selbstverständlich auch die 12 Sozialdemokraten. Zwei Drittel der ablehnenden Minorität setzte sich also aus der Partei zusammen, die Flugblätter mit unterschreibt, in denen der Sozialdemokratie wegen ihrer Ablehnung der Krankenversicherung von 1883 der Vorwurf der jüdischen Negation gemacht wird!

Nun zum Unfallversicherungsgesetz von 1884.

Schon im Jahre 1878 verlangte die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages die Anwendung der scharfen Haftung, gemäß dem Haftpflichtgesetz für Eisenbahnunternehmungen, auf die Unternehmer aller, auch der landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe. Ein Jahr später kam Bebel mit dem Vorschlag — der verworfen worden ist — Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf alle Unternehmer und als Grundlage dafür eine Zwangsversicherung der Unternehmer in einer Reichsanstalt. Das war zu der Zeit, als die drei vereinigten liberalen Parteien noch das alte Haftpflichtgesetz für eine ihrer sozialpolitischen Großtaten hielten.

1881 kam der erste Unfallversicherungsentwurf mit dem Bebel'schen Gedanken einer Reichsversicherungsanstalt und Unfallgenossenschaften. Das Zentrum und die Nationalliberalen erklärten sich aber strikt gegen jeden Zutritt aus der Reichskasse. Sogar die Konserverativen verließen diesen verdrehten Standpunkt bei der zweiten Lesung. Die Regierung mußte den ganzen Entwurf, durch Zentrum und Nationalliberale gezwungen, zurückziehen! Die Nationalliberalen erklärten trotzdem in den Flugblättern: Die Sozialdemokraten stimmten aus lauter Begeisterung an der Unzufriedenheit gegen die großen sozialpolitischen Gesetze.

November 1881 kam die soziale Botenschaft Wilhelm's I. Aus der Beizsche des Sozialistengesetzes wurde das Zunderbrot der Sozialgesetzgebung. Trotzdem arbeitete die kleine sozialdemokratische Fraktion eifrig mit an dem neuen Entwurf von 1884, der 1885 angenommen wurde und zwar gegen die sozialdemo-

kratischen und die fortschrittlichen Stimmen! Also auch hier hat der Liberalismus mit gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt!

Das Zentrum kämpfte mit wütender Leidenschaft gegen jede staatliche Versicherung, die „Germania“ bezeichnete die Versicherungsgesetze als eine Anbahnung des sozialistischen Staates. Erst als der zweite Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes durch Bismarck'sche Konzessionen an die Arbeiterenschaft des Zentrums verschlimmert schien, stimmte dieses dafür, nicht weil den Arbeitern genug geboten worden, sondern weil es genügend wenig war!

Als der Invaliditätsversicherungsgesetzentwurf kam, stürzte sich die sozialdemokratische Fraktion sofort wieder in die eifrigste positive Arbeit. Sie erreichte die Beseitigung der Quittungsgesetze, die Annahme der Quittungsarten mit gesunden Bestimmungen gegen den geheimen Mißbrauch zur Kennzeichnung unangenehmer Arbeiter.

Die weiteren sozialdemokratischen Forderungen lauteten:

Sicherstellung der freien Hilfsklassen, Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer mit weniger als 2000 Mark Einkommen,

Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters ist schon dann vorhanden, wenn er nur noch die Hälfte seines früheren Verdienstes erarbeiten kann.

die Altersgrenze ist von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen,

die Wartezeit ist auf 20 statt 30 Jahre festzusetzen,

Erhöhung des Reichszuschusses und Einbringen der Mehrkosten durch direkte Besteuerung der großen Einkommen,

Schaffung einer einheitlichen Reichsversicherungsanstalt.

Die bürgerlichen Parteien bekämpften diese Anträge mit der größten Wut, zum Teil sogar das ganze Gesetz. Das hat gerade beim Zentrum so lange nachgewirkt, daß die „Rölnische Volkszeitung“ noch am 12. September 1896 erklärte:

„Das Zentrum ist für Invaliditäts- und Altersgesetz nicht verantwortlich. Dies festzustellen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht von Interesse.“

Gegen das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, die Deutschfreisinnigen, das Zentrum (mit 13 Ausnahmen), die Polen, die Welfen, die Elsäßer und 11 Nationalliberale! Trotzdem steht heute überall in Zentrumsflyblättern und in solchen der liberalen Parteien die dumme Behauptung, die Sozialdemokratie sei deswegen völlig negierend und unfruchtbar, weil sie unter anderem auch gegen das Invalidenversicherungsgesetz gestimmt habe!

Wagen, nichts als Wagen sind es! Fest steht, daß die Sozialdemokratie schon Jahrzehnte vor der sozialpolitischen Einkehr der bürgerlichen Parteien die Grundprinzipien unserer heutigen Arbeiterschutzgesetzgebung eifrigst verfochten hat. Sie hat an den drei großen Versicherungsgesetzentwürfen eifrigst mitgearbeitet, trotzdem die bürgerlichen Parteien sie nicht einmal in die Kommissionen ließen, und trotzdem die ganze damalige Sozialistengesetzgebung nur ein anderer Versuch war, die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen!

Mitteilungen aus dem Beruf.

Der Tabakbau im Elsaß. Der Tabakbau im Elsaß hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahre 1911 wurden 8878 Tabakpflanzler gezählt, die 1675 Hektar mit Tabak bebauten, gegen 8286 Tabakpflanzler und 1483 Hektar im Jahre 1910. Während der letzten zehn Jahre ist die Tabakanbaufläche im Elsaß wie folgt gestiegen.

Jahr	1901	1902	1903	1904	1905	1906
	1257	1362	1398	1355	1244	1316
	1907	1908	1909	1910	1911	
	1392	1322	1470	1483	1675	

Die Vermehrung von 1910 bis 1911 beträgt somit 418 Hektar oder 33 1/2 Prozent. Im Bezirk Schleifstadt waren in diesem Jahre 1036 Hektar mit Tabak bebaut gegen 932 Hektar im Vorjahre, im Bezirk Hagenu 426 Hektar gegen 379, im Bezirk Straßburg 193 Hektar gegen 157. Die Zahl der mit Tabak bebauten Grundstücke belief sich auf 15 097. Hier von hatten 3757 Grundstücke einen Flächeninhalt von weniger als 4 Ar, ein Beweis, daß der Tabakbau im Kleinen noch ziemlich verbreitet ist. Im Vorjahre hatten 3278 solcher kleiner Pflanzler Flächensteuer entrichtet, Gewichtstener zahlten 5008 Pflanzler.

Die Zunahme des Tabakbaues in diesem Jahre hat wohl hauptsächlich in dem guten Ergebnis der vorjährigen Ernte ihren Grund. Im Jahre 1910 wurden im Elsaß durchschnittlich rund 26 Doppelzentner vom Hektar geerntet bei einem Mittelpreis von 76 bis 77 M per Doppelzentner, so daß der Geldertrag auf annähernd 2000 M pro Hektar sich stellte. Die gesamte vorjährige Tabakernte im Elsaß hat 38 200 Doppelzentner im Werte von fast 3 Millionen M (ohne Steuer) betragen. Die Mitglieder des elsässischen Tabakvereins haben, wie schon früher, den Tabakfamen und den Dünger (Martellin) von der Tabakmanufaktur in Straßburg bezogen, die den aus dem gekieberten Samen gezogenen Tabak in der Hauptsache auch selbst wieder ankauf und zwar zu einem höheren Preise, als dem sonst üblichen.

Rohtabak-Angebot
 14 von

Heinrich Franck, Berlin

siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Herstellung künstlicher Tabakblätter. Aus Wien wird gemeldet, daß die Papierindustrie-Aktiengesellschaft Osterreich in Oleschau (Mähren) ein französisches Patent auf folgendes Verfahren genommen hat: Die bei der Herstellung von Zigarren abfallenden Ädern und Stengel des Tabakblattes werden im Holländer, Kollergang oder einer anderen Zerfaserungsmaschine zerfaseret, nachdem sie vorher mit konzentrierten Lösungen von Kohlenäurem oder kohlensäurehaltigem Kali oder Natron getränkt wurden. Man mahlt oder zerfaseret so lange, bis die Abfälle zu einer schleimigen Masse umgewandelt sind. Man schöpft dann diesen Stoff von Hand oder erzeugt daraus Stoffbahnen auf Papiermaschinen. Die so erhaltenen Blätter bestehen ausschließlich aus Tabak und haben alle Eigenschaften der natürlichen Tabakblätter. Durch entsprechende Pressung kann man ihnen das Aussehen natürlicher Tabakblätter verleihen. — Sollte das Verfahren, wenn es wirklich zu dem beschriebenen Resultat kommt, insofern zur Bedeutung kommen, als es billigeres Deckblatt und Umblattmaterial liefert, als die natürlichen Tabakblätter bieten? Tabakrippen sind heute schon verhältnismäßig teuer; und dann kommen noch die Kosten des Verfahrens hinzu, so daß immerhin kein ganz billiges Produkt entstehen könnte; zumal bei starker Anwendung des Verfahrens ohnehin eine bedeutende Steigerung der Rippenpreise eintreten dürfte. Schließlich kann dieses künstliche Produkt doch nur als Ersatz für die billigsten natürlichen Blätter gelten; denn mit der Qualität kann nichts los sein. Vielleicht ist das Kunstprodukt am Ende auch nichts billiger, als das billigste Naturprodukt.

Blutvergiftung durch Tabak. In Feudenheim zog sich vor einiger Zeit ein Kollege, Zigarrenarbeiter, eine unscheinbare Wunde an der inneren Handfläche zu, ohne diese weiter zu beachten. Während der Arbeit kam etwas Tabakstaub in die Wunde, der Arm schwellte in bedenklicher Weise an und der Patient kam ins Krankenhaus, wo man Blutvergiftung feststellte. Dann gestellte sich noch Hirnhautentzündung hinzu und der Behandlungserfolg verblieb im Krankenhaus. Dieser Vorfall veranlaßt die Tabakarbeiter zur Vorsicht.

Helle oder braune Zigarrenfarben? In den Dresd. Nachrichten stand ein aufklärerischer Artikel, der sich mit der Vorliebe des Publikums für helle Farben befaßte, in dem es wie folgt heißt:

„Die Zigarren sind schlechter geworden“, lautet die allgemeine Raucherklage. Man kann sich noch immer nicht damit vertraut machen, daß die sehr beträchtliche Mehrbelastung des Tabaks durch den 40prozentigen Wertzoll notgedrungen eine Verteuerung der Herstellung mit sich bringen mußte, die nicht aus der Welt geschafft werden kann. Es dürfte deshalb die Frage aufzuwerfen sein, ob denn nicht auf andere Weise ein gewisser Ausgleich herbeigeführt werden könnte. Das wäre möglich, wenn heute der Raucher weniger mit dem Auge urteilen und nicht das größte Gewicht auf eine helle, sahle und graue Farbe legen wollte. Die jetzt ausschlaggebende Mode, nur hellfarbige Zigarren rauchen zu wollen, trägt Schuld daran, daß die Zigarre nicht immer den Genuß gewährt, den man von ihr erwartet. Der Konsument geht vielfach von der Ansicht aus, daß nur eine mit hellem Deckblatt versehene Zigarre leicht sei. In Wirklichkeit spielt aber das bühnen Deckblatt dabei keine Rolle, sondern die ganze Tabakzusammensetzung der Zigarre und ihre technische Herstellung, die Lage der Einlage, die Wirkung des Umblattes und Deckblattes und die Fassung, die Größe und die Gestalt, — das alles zusammen bildet das Ganze, das nach Brand, Geruch und Geschmack dem Raucher behagt oder nicht. Man kann der Zigarre nicht ansehen, welche Eigenschaften sie beim Rauchen entwickeln wird, man kann auch aus dem Geruch der Zigarre nicht erkennen, ob sie gute oder schlecht ist. Erst wenn man die Zigarre raucht, lernt man sie kennen. Der Zigarrenhändler weiß die Eigenschaften seiner Sorten zu beurteilen; ihn soll man unter Angabe seiner Wünsche fragen, was er empfiehlt. Es gibt fraglos sehr gute und mißschmeckende helle Sumatras, es handelt sich dabei aber um die sogenannten Sandblätter, die nur in verhältnismäßig kleinen Mengen als brauchbares Deckblatt auf den Markt kommen und überdies infolge der Mobilität zu schwindelhaft hohen Preisen getrieben worden sind. Ein solcher Sandblatteder kostet sehr leicht 25—40 M und mehr pro Mille, er kann also nur für Zigarren in den höheren Verkaufspreislagen in Betracht kommen, wogegen seine Verwendung für den Hauptkonsum in den Mittelpreislagen ausgeschlossen ist. Trotzdem will alles helle Farben haben, und was sind die Folgen? Die Pflanze von Decktabaken lassen, um ihre Produktion leicht und zu guten Preisen an den Mann zu bringen, die Tabake auf dem Felde nicht genügend austreifen und behandeln sie auch in der Fermentation entsprechend oberflächlich. Dadurch lassen sich etwas hellere Farben erzielen. Es ist doch nun aber selbstverständlich, daß ein nicht genügend ausgereifter und nicht hinreichend durchfermentierter Tabak in Qualität hinter einem schönen, reifen Gewächs nicht unwesentlich zurücksteht. Einen weiteren Ausweg hat man darin zu finden gewußt, daß man die Decktabake häufig nicht mehr normal um die Zigarre rollen läßt, sondern daß man das Deckblatt wendet, so daß die hellere Innenseite des Blattes nach außen zu liegen kommt. Nun ist aber fraglos die besonnte Außenseite eines Blattes qualitativ besser als die beschattete, und es ergibt sich daraus, daß das gewendete Blatt weniger mündet, wozu noch der weitere Umstand kommt, daß auch der Brand leicht eine graue Asche zeigt. Dem Rauchgenuß wird es ganz wesentlich förderlich sein, wenn die Raucher sich nicht mehr, wie seither, fast durchweg an ein helles Fabrikat halten wollten, sondern eine Zigarre bevorzugen, bei der der Decker normal umgelegt und bei der er vollaus ausgereift ist, auch wenn die Farbe dann hübsch braun und lebhaft ist. Die Herstellung braucht dann bei den mittleren und billigeren Sorten für hohen Preis des hellen Deckblattes keinen Ausgleich mehr beim übrigen Inhalt der Zigarre zu suchen.“

Wie uns was geracht wird. Hierüber entnehmen wir unserm österreichischen Bruderorgan folgendes: Die alten Röpfe und heimlichen Sünder schlagen die Hände

zusammen, wenn vom Rauchen gesprochen wird, sie frönen zwar selbst diesem angeblichen Laster, wenn sie nicht aus verschiedenen Gründen dem Geruche entsagen müssen, sie werden aber nicht müde, zu erzählen, wie schön es war, als der Großvater die Großmutter nahm. Zu der Zeit war es noch ein Grauel, wenn der Untergebene vor dem Vorgesetzten rauchte, und besonders wenn auf das Zigarettenrauchen unserer Jugend hingewiesen wird, können sie sich vor sittlicher Entrüstung nicht fassen. Das haben sie längst vergessen, daß sie ebenfalls in ihrer Jugend sündigten und dem heiligen Ulrich ihre Opfer brachten. Nur in einem Punkt kommen sie der Wahrheit nahe: es wird heute anders geraucht als zu der Zeit, wo sich die Berliner im blutigen Barrikadenkampf das Recht zum öffentlichen Rauchen erringen mußten. Unser raschlebiges Zeitalter räumt mit den alten Erfahrungen auf, es verdrängt die ehrwürdige Pfeife und macht selbst der Zigarre durch die Zigarette siegreiche Konkurrenz. Es gibt Leute, die das bedauern und einen Teil der heutigen Nervosität dem Zigarettegenuß zuschreiben möchten. Sie vergessen, daß der Zigarettegenuß eine Folge des heutigen Erwerbslebens ist, die Zeit zum ruhigen Genuß fehlt, und die Pfeife würde heute ein Verkehrshindernis sein, wenn sie im größeren Maßstab zur Anwendung käme. Nur ein kleiner Teil von Touristen glaubt, ohne den Kafenwärmer keinen Naturgenuß zu haben. Die Witzblätter der Vergangenheit hatten einen unerlöschlichen Stoff in dem Maurer und seiner Tabakpfeife. In entlegenen Dörfern würde man vielleicht zu einem solchen Witz noch Stoff finden, der Großstadtmaurer kennt keine Pfeife mehr, seine Leistung ist derartig gestiegen, daß er nur seine kurzen Pausen dem Rauchgenuß widmen kann. In den Fabrikbetrieben ist das Rauchen verboten, die Arbeiter müssen die kurzen Ruhepausen benützen und den Weg von und zur Arbeit, das reicht auf keine Pfeife und keine Zigarre, sondern nur auf eine Zigarette. Wir haben es da mit keiner besonderen österreichischen Erscheinung zu tun, sondern sie ist international. Wie weit heute dem Augenblickgenuß gekrönt werden muß, zeigt noch eine andere Erscheinung: Nicht jeder Zigarette geht es gleich gut; diejenigen Sorten, welche längere Zeit zum Rauchen brauchen, weisen einen ständigen Rückgang auf, weil die Zeit zum Genuß fehlt. Wie sich der Zigarettenkonsum alle Kreise der Raucher erobert, zeigt auch das Steigen des Konsums der Zigarettenfabrik, denn Tausende Raucher fabrizieren sich ihre Zigaretten selbst, indem sie dieselben drehen oder in Hüllchen auf Vorrat stopfen. Wie weit diese Erscheinung reicht, beweist, daß selbst in der Kaserne das Pfeifenrauchen zurückgeht.

Nichtig ist, daß auch eine allgemeine Verbesserung des Geschmackes eingetreten ist, das beweist das Steigen der Spezialitätenzigaretten. Diese werden in Kreisen geraucht, wo die Zeit keine große Rolle spielt. Aberglaube und Unwissenheit bezeichnen den Zigarettegenuß als besonders gesundheitsgefährlich, obwohl das ganz falsch ist. Uebermäßigkeit wird bei jedem Genußmittel schädlich wirken. Tatsache ist aber, daß selbst bei den minderen Zigarettenarten der im Tabak befindliche Giftstoff, das „Nicotin“, in geringerer Menge enthalten ist als im Pfeifentabak oder in den Zigarren und auch weniger Einfluß hat, weil der Zigarettenraucher niemals an der Zigarette saugt, das Ende, das er im Munde hält, stets trocken bleibt. Die Zigarettenpapiere werden, mit wenigen Ausnahmen, aus zellulosefreien Pflanzensafnern hergestellt, sie enthalten also Stickstoff nur in minimaler Menge. Schließlich hat alles Schimpfen die Zigarette in ihrem Siegeslauf nicht gehemmt, sondern nur gefördert.

Diese Tatsachen stellen aber auch die Tabakarbeiterschaft vor neue Fragen, sie fördern die raschere technische Entwicklung, welche das Arbeitsverhältnis vollständig umwälzen. Die Zeiten sind vorüber, wo die Zigarettenspinnerin rechnen konnte, auf ihrem Plage bis zu ihrem Lebensabend zu bleiben; so manche Arbeiterin muß in ihrem Alter eine neue Arbeit lernen und das fällt ihr nicht immer leicht, sie sieht wohl die Veränderung, kann sie aber nicht begreifen und gelangt durch irrige Schlüsse zu falschen Folgerungen, die sehr oft große Nachteile für die Arbeiterin haben. Kommt nun dazu, daß auch die technische Entwicklung in der Zigarettenfabrikation Fortschritte macht, dann werden diese Gefahren noch viel größer, und besonders dann, wenn man es mit Beamten zu tun hat, welche dieser Erscheinung nicht Rechnung zu tragen wissen. Vor allem gilt es, ein geregeltes Verhältnis in die Zigarettenfabrikation zu bringen, denn je schöner die Zigarren sind, desto schwerer wird ihre Verdrängung durch die Zigarre sein.

Das Tabakrauchen der Damen. In früheren Jahrhunderten war der Tabakgenuß unter den Vertreterinnen des Ewig-Weiblichen — im Gegensatz zu heute — nur in der Form des Schnupfens bekannt und verbreitet bis in die allerhöchsten Kreise hinauf. Allmählich aber erobert sich die Zigarette, die in den südlichen Ländern Europas längst zu einem ständigen Toilettenrequisit der Damen geworden ist, auch unter unseren Damen immer mehr an Boden, doch muß zugegeben werden, daß man es bei ihnen noch immer nicht ganz einwandfrei findet, wenn sie in voller Öffentlichkeit dem Genuß des Rauchens sich hingeben. Lange Zeit hat das Rauchkraut gebraucht, bevor es bei uns auch bei der schöneren Hälfte des Menschengeschlechtes Eingang fand. Natürlich gelangte der Papyrus auf dem Wege über Paris zu unseren Damen. Es war im Jahre 1834, als dort ein zivilisiertes weibliches Wesen zum ersten Male das Baguette unternahm, vor allem Volk einer Zigarette duffige Wolken zu entlocken. In jenem Jahre war nämlich die asiatische Cholera auf ihrem Vernichtungszug von Bengalen über Rußland usw. nach Frankreich gelangt. Nun schrieb man damals wie heute dem Tabakrauch gewisse desinfizierende Wirkungen zu. So wagte es denn die Schauspielerin Judith, auf der Bühne des Palais-Royal in einer Revue sich eine Zigarette anzuzünden. Die Kritik lehnte sich dagegen auf. Vergebens. Die Pariser nahmen ihrem bezogenen Liebling diesen „Schritt vom Wege“ nicht übel. Und so mußte sie es in der Folge einrichten, daß sich in den neuen Rollen für sie stets Gelegenheit zum Rauchen bot. Eine starke

Raucherin war die berühmte George Sand. Im vorigen Jahre wurde in Paris ein hübsch verziertes ledernes Zigarettenetui, das sie bei Lebzeiten zu benutzen pflegte, versteigert. Es barg noch einen — Zigarettenstummel, sorgsam in ein Blatt Papier gehüllt. Darauf stand geschrieben: „Die Zigarette rauchte George Sand auf einer Abendgesellschaft am 8. November 1816 in Paris bei Herrn Dr. Lallemand, Mitglied des Institut. Sie ist ein freundliches (sic!) Andenken. M. Caubet.“ Eine „starke“ Raucherin war auch die temperamentvolle Gräfin Sophie Bathfeld, die Freundin Lassalles; sie pflegte recht kräftige Zigarren von ganz anständigem Kaliber zu rauchen. Wie der olympische Zeus war sie in ihren letzten Lebensjahren gewöhnlich in dicke Wolken gehüllt.

Bewegungen im Beruf.

Mitglieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Birbaum. Mit der Firma Albert Jenzke konnte der Verband einen Tarifvertrag abschließen. Der geforderte Minimallohn von 8,30 M bei aufgesetztem und entripptem Deckblatt, getrockneter und entrippter Einlage, wurde anerkannt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55½ Stunden. Die Lohnzulagen betragen bei 4 Sorten 30 S, bei 2 Sorten 1 M pro Mille. Die Firma Schmidt konnte sich zu dem Abschluß eines Lohnarbeitsvertrages noch nicht verstehen.

Berlin i. Schlef. Bei der Firma J. Neumann (Sitz Berlin) hatten die Arbeiter im vorigen Jahre eine Lohnforderung gestellt. Die Firma stellte damals eine Berücksichtigung der Wünsche der Arbeiter zum 1. Januar 1912 in Aussicht und die Arbeiter vertrugen infolgedessen auch ihr weiteres Vorgehen. Die Firma hat ihr Wort eingelöst und folgende Lohnzulagen gewährt: Auf 16 Sorten wurden 20 S, auf 7 Sorten 25 S, auf 3 Sorten 30 S, auf 1 Sorte 35 S und auf 9 Sorten 50 S pro Mille zugestanden. Wenn auch die von den Arbeitern geforderte Lohnhöhung nicht in vollem Umfange eingetreten ist, so geben sich die Arbeiter vorläufig damit zufrieden und hoffen, daß die Firma noch ein weiteres Entgegenkommen zeigen wird.

Nordhausen. Mit der Firma Auguste Platze schloß der Verband einen Lohnarbeitsvertrag ab. Der Minimallohn wurde auf 9 M festgesetzt bei Lieferung völlig freier Zurechtung. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 56 Stunden festgesetzt.

Wiesloch. Die Firma J. Klare Söhne hat mit dem Verband einen Lohnarbeitsvertrag abgeschlossen und dabei folgende Lohnhöhungen zugestanden: Bewilligt wurden auf 1 Sorte 40 S, auf 1 Sorte 50 S, 2 Sorten 70 S, 8 Sorten 80 S, 5 Sorten 90 S und auf 1 Sorte 1,20 M pro Mille. Den Deckmachern wurden 2 S und den Einlagerihppern 1 S pro Pfund gewährt. Weitere Lohnhöhungen sind bis spätestens 1. Januar 1912 in Aussicht gestellt. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 58 Stunden festgesetzt.

Bünde in Westf. Die Aussperrung bei den Firmen Krüger & Wilmens in Bünde, Gilsdhausen und Hiddenhäusen und Wellensied & Heimsoth in Bünde, Oberlöhbe und Werfen bei Bünde dauert fort. Vor Bezug nach diesen Betrieben wird dringend gewarnt.

Werthe in Westf. Der Streik bei der Firma Grodzschupf & Schröder (Sitz Bremen) dauert unverändert fort. Vor Bezug wird gewarnt.

Demgo (Rippe). Der Streik bei der Firma S. Schröder dauert fort, da sie es immer noch ablehnt, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren. Vor Bezug wird gewarnt.

Berlin und Woronie. Die von unserm Verbands und dem Verbands der Zigarrenfortierer und Kistenbelleber Deutschlands eingeleitete Lohnbewegung nahm bis heute einen guten Verlauf. Mit 218 Firmen kam eine Einigung zustande, von welchen zugleich 193 Firmen ein Tarifvertragsverhältnis eingingen. Die Bewegung ist noch nicht beendet, weshalb vor Bezug streng gewarnt wird.

Sulingen (Prov. Hannover). Die Firma D. Hinz, J. H. C. Hinz, ist für Zigarrenarbeiter und Zigarrenfortierer gesperrt.

Dahme (Mark). Die Firma S. Loel ist bis auf weiteres gesperrt.

Mainz. Für Zigarettenarbeiter ist Mainz bis auf weiteres gesperrt.

Berichte.

Birbaum. (Jahresbericht.) Das Jahr 1911 war für das Tabakgewerbe, soweit es sich um die Fabrikation von Zigarren handelt, nicht günstig, und dieser Umstand ist in erster Linie auf die Tabaksteuer zurückzuführen. Der Verkauf gestaltete sich schwierig und es bedurfte äußerster Anstrengung, um den Absatz wenigstens annähernd aufrechtzuerhalten. Bei der Firma Schürer trat eine Absatzkrise ein, wodurch sie genötigt war, eine Betriebs-einschränkung vorzunehmen. So wurde im Frühjahr acht Wochen lang mit Arbeitszeitverkürzung gearbeitet, und trotzdem wuchsen die Lagerbestände von Zigarren unauffällig weiter, so daß die Firma im Spätherbst zu einer weiteren Arbeitszeitverkürzung schreiten mußte. Durch den steten schlechten Geschäftsgang waren die Folgen, daß einzelne Kollegen zu anderen Betrieben übergetreten sind, teils abgereist und freiwillig in Militärdienst eingetreten. Die Mitgliederzahl ist dadurch um 10 zurückgegangen, so daß der Jahresabschluss einen Mitgliederbestand von 60 aufweist, darunter 16 weibliche. Die Zahlstelle war besetzt von 19 Reisenden, davon waren 5 ausgereist und 2 nichtorganisiert. Zum Militärdienst sind 2 Kollegen eingezogen; abgereist sind 8, darunter 1 weibliches Mitglied; gestorben ist ein Kollege. Aufgenommen wurden elf Mitglieder, darunter 3 weibliche. Ausgetreten sind 9, darunter vier weibliche. Der Besuch der Mitgliederbesammlungen hat sich in diesem Jahre etwas gehoben. Die Einnahmen beliefen sich bei 325 Beiträgen auf die Summe von 1945,65 M. Die meisten Ausgaben betrafen sich auf die Krankenunterstützung. In den Hauptvorstand wurden 550 M abgefordert, darunter 150 M an Extrabeiträgen. Der Bestand der Kasse hat sich von 64,25 M auf 86,40 M erhöht. Das Jahr 1911 war ein Jahr der Not und Plage. Hoffnung auf bessere Zeiten macht uns Tabakarbeiter nicht glücklich, so daß wir in dieser Hinsicht auch dem neuen Jahre mit gemäßigten Gefühlen entgegengehen. Nur eine gute Organisation kann uns aus dem Elend erlösen und darum ist es die vornehmste Aufgabe eines jeden Einzelnen, daß dem Verbands immer mehr Mitglieder zu-

geführt werden. Zum Schlusse noch einen Wunsch an unsere Mitglieder. Die Tage sind kurz, die Abende lang; es ist Zeit, sich Wissen zu bereichern. Lest, Kolleginnen und Kollegen, lest! Leckt eure Schritte in die Bibliotheken, sucht euch gute Bücher aus, und lest euch, wenn der Sturmwind um die Hälte braust, in das Stille und informiert euch über das, was jeder von uns wissen muß! Lest Bücher, die euch unterrichten über das Leben draußen im Lande, über das Leid und Elend, das die Welt beherrscht! Lest Schriften, die euch den rechten Weg zeigen, der aus dem Jammer hinausführt zu den höchsten Höhen der Menschlichkeit! Auch in den Mitgliederversammlungen kann dieses gelernt werden, und es ist ein altes Sprichwort: Wer in den Versammlungen fehlt, vernachlässigt seine Berufsinteressen! Darum hinein in die Versammlungen!

Lemgo. Die streikenden und ausgesperrten Tabakarbeiter von Lemgo hatten zu Silvester eine Kinderbescherung im Saale des Herrn Mohrmann veranstaltet. Das Festprogramm wurde in folgender Weise erledigt: Um 4 Uhr nachmittags Begrüßungslied, vorgelesen vom Arbeitergesangsverein Gemischter Chor Freiheit und Abbrennen eines Weihnachtsbaumes. Darauf folgten drei lebende Bilder, welche sich auf die moderne Arbeiterbewegung bezogen. Hierauf hielt Kollege Schmidt eine Ansprache an die Kinder, er erklärte ihnen die Ursache und die Bedeutung dieses Festes und richtete die Mahnung an die Kinder, wenn sie erwachsen seien, in die Fußstapfen ihrer Eltern zu treten und sich mit Stolz dieser Silvesterfeier zu erinnern. Es wurden dann die Geschenke der Kinder verlost. Es war eine Lust, die Freude der Kinder mit anzusehen. Die Pausen wurden durch Konzert ausgefüllt. Vor

Beginn des Balles wurden wieder drei lebende Bilder gestellt, welche sich den ersten ähnlich anreichten. Dann wurde ein zeitgemäßes Theaterstück aufgeführt und von den Mitgliedern der freien Turnerschaft einige Proben ihres Könnens am Pferd zum Besten gegeben. Um 12 Uhr hielt Kollege Huber eine zündende Rede, welche alle Anwesenden zu heller Begeisterung entflammte. Bei fröhlichem Tanz blieben dann die Festteilnehmer, jung und alt, bis in die frühen Morgenstunden beisammen. Es ist uns trotz der Anwesenheit gelungen, ein schönes Fest zu feiern und unsere Kinder dank der Solidarität der Arbeiterklasse mit schönen und nützlichen Geschenken zu beglücken. Wir Tabakarbeiter werden diese Silvesterfeier 1911 in bleibender Erinnerung behalten. Es sei auch noch erwähnt, daß einige Geschäftsleute in anerkennenswerter Weise durch Geschenke zum Gelingen des Festes beigetragen haben. Es wurden 230 Kinder beschenkt.

wandte und wird hoffentlich den Beifall der Leser von „In freien Stunden“ finden.
Hand in Hand mit der illustrativen Ausgestaltung der Wochenchrift geht das Bestreben, für besonders wertvolle Romane und Novellen Sorge zu tragen.
Halbjährlich erhalten die Abonnenten ein wertvolles Kunstblatt gratis.
„In freien Stunden“ erscheint wöchentlich zum Preise von 10 ¢ pro Heft. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungs Expeditionen entgegen. Probenummern und Prospekte senden auf Wunsch kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Literarisches.

In freien Stunden. Zur Erlangung einer neuen Umschlagzeichnung, sowie einer Titel- und Schlussplanette für die Zeitschrift „In freien Stunden“ hat der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin, ein Preiswettbewerb veranstaltet, an dem sich bedeutende Künstler beteiligten. Das Preisgericht, dem die Herren Professor Max Liebermann und Professor Max Slevogt angehörten, sprach den ersten Preis im Betrage von 500 M. der Künstlerin Frau Ilse Schütze-Schur zu.
Schon die am 1. Januar zur Ausgabe gelangende Nummer (Nr. 1) des neuen Jahrgangs präsentiert sich in dem neuen Ge-

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Grösstes Zigarren-Wickelformenlager Deutschlands
in neuen und gebrauchten Formen finden Sie nur bei
L. Cohn & Co., Berlin N.,
Brunnenstrasse 24.
Verlangen Sie sofort Modellbogen von neuen und gebrauchten Formen. Zusendung kostenlos sofort.
Jedes Fasson in neu und gebraucht stets am Lager.

J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946 **Neustadtswall 36** Fernsprecher 3946
empfeilt in bekannter Preiswürdigkeit:
Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ¢
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ¢
Java-Decker dunkel 220 ¢, hell 260, 280, 300, 320 ¢
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ¢
Java-Einlage 95 ¢, mit Umbl. 110, 120, 130 ¢
Vorsteiland-Decker 280, 275, 300, 320 ¢
Brasil-Decker 175, 200, 210 ¢
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 150, 140, 150, 160 ¢
Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassons von 50 bis 110 ¢) (Spillföhen - Abdrücke versende gratis und franco.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. **Gummi-Traganth**, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 ¢. **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 180 ¢. **Bastbündelband**, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 ¢.
Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

L. Cohn & Co., Berlin N.
Telegr.-Adressen **Brunnensr. 24** Fernsprecher Formecohn Berlin Amt III, 513
Liefern
Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken
neu und gebraucht unter denkbar günstigen Bedingungen.
Grösstes Fabrik- u. Handels-Geschäft der Rohtabak- u. Utensilien-Branche
Gegründet 1870.
Grösstes Rohtabak-Lager
Amerikanische sowie deutsche Tabake.
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere neuesten Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.

Sehr preiswerte Einlagen!
Java 110 ¢, leichter guter Geschmack, 115 ¢, sehr blattig, mitte.
Brasil 185 ¢, sportblüsig, großblattig, 145 ¢, feine Qualität, 160 ¢, blattig, kräftig.
Domingo 100 ¢, trocken, sauer, 110 ¢ blattig, leicht.
Carmen 105 ¢, leicht, trocken, 110 ¢, blattig, gutschmeckend, 115 ¢, sehr blattig, feine Qualität.
Savana 180 ¢, mittelkräftig, blumig, 275 ¢, feinste Qualitätsware.
Sava Cuba 220 ¢, kerniger Qualitätsstabak.
Lugut rein überreife ohne Wispatt oder Aftachan, 100 ¢, blattig, trocken, 105 ¢, sehr blattig, 110 ¢ gemischte Orig.-Tabake.
Geschnittene Einlage 110 ¢, Java-Brasil-Mischung.
Umblatt
Java 185 ¢ sehr leicht, 2. Länge, 160 ¢ 2. Länge, Vollblatt, 170 ¢ 1. Länge, Vollblatt, 180 ¢ 3. Länge, Vollblatt.
Sumatra 160 ¢ 3. Länge, Vollblatt, 170 ¢ 3. Länge Vollblatt.
Domingo 115 ¢ trocken, sauer, 125 ¢ zart, großblattig, 135 ¢ feinstes Moca-Gewächs.
Carmen 120 ¢ guter Geschmack, 140 ¢ zart, edel.
Seedleaf 145 ¢, feine Qualität.
Virginia, Kentucky 130 bis 160 ¢.
Preis per Pfd. verzollt inkl. Wertzoll.
Brinkmeier & Co., Bremen
Geeren 42.

Rohtabak-Ausnahme-Offerte.
Ein Kisten garantiert rein ausländisches Rosgut, fast reines Umblatt, in Ballen von ca. 200 Pfund à 30 ¢ pro Pfund unverzollt!
Domingo, flott brennend.
FF à 45 ¢ sehr blattig
F à 40 ¢ do. do.
A à 35 ¢ do. do.
Muster gegen Nachnahme. Offerten unter E 50 an die Expedition.

August Durladner, Mannheim II B. 7. 9.
Rohtabakhandlung
Empfeilt alle zur Zigarrenfabrikation erforderlichen Tabake verzollt und versteuert. Abgelegte Muster und vom Ballen. Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme. Abgabe jeden Quantums. Grosses Formenlager.

Rohtabak-Versandhaus
Friedr. L. M. H. Meyer.
Samburg, Elbstraße 49
Sumatra-Decker 3. Lg. 210 ¢, 2. Lg. 180, 250, 280, 300, 350, 400 ¢.
Sumatra-Umbl. 145, 150, 160, 180 ¢.
Vorsteil.-Decker 1. Lg. 250 ¢, 2. Lg. 250, 280 ¢. Java-Einl. u. -Umbl. 120, 135, 150, 160 ¢. St. Jolly Brasil-Einl. u. -Umbl. 140, 145, 155, 160 ¢.
-Decker 185, 220 ¢. Seedleaf 150 ¢.
Domingo 110, 120, 130, 140 ¢. Mexiko-Decker 300 ¢, -Umblatt u. -Decker 140, 145 ¢. Savanna 150, 200, 220 ¢.
Preise per Pfd. verzollt einschli. Wertzoll. Versand unter Nachnahme.

Fertige Tabakeinlage à Mk. 0.95
Fertiges Tabakumblatt à Mk. 1.50
Jeder Versuch führt zu Nachbestellungen. Man verlange neueste Preisliste
Bernhard R. Müller
Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Aeltestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Fernruf 4740 Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.
Die Rohtabakhandlung
Pabst & Rinneberg
Leipzig, Thomasring 1
empfiehlt sämtliche Sorten
Rohtabake
zur Zigarrenfabrikation.
Abteilung: Klein-Verkauf.
Nur verzollt einschliesslich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei!

Asthma-Pulver.
vorzüglich bewährt und von ausserordentlich günstiger Wirkung auch bei den schwersten Fällen wie die vielfach ausgezeichneten teuren ausländischen Spezialitäten.
Preis à Schachtel M. 1.50 franco bei vorheriger Einsendung od. gegen Nachnahme Falkenapothek & Bingen 77/78

Sumatra, 2. Länge Vollblatt
tadelloser Brand nur Mk. 2.15 sehr
gute Farben pro Pfund [23] deckfähig
W. Hermann Müller, Berlin, Magazinstr. 14.

F. Reil, Bremen
Empfehle gute Tabake zu billigen Preisen.
Sumatra-Decker II. Lg. 180, 200, III. Lg. 200 ¢, hell 250 ¢, I. u. II. Lg. hell 320, 420 ¢, I. und II. Lg. helles Stückblatt 250 ¢. Sumatra-Umblatt 155, 160 ¢ (Vollblatt). Vorsteil.-Decker 225, 250, 300 ¢. Decker und -Umblatt 170 ¢. Java-Umblatt 125, 155, 165 ¢. -Einlage u. -Umblatt 110, 112, 115, 120 ¢. Brasil-Decker 200, 210 ¢. Schnurweiser Brand, -Umblatt 140, 150, 160 ¢. -Einlage u. -Umblatt 130, 135 ¢. Mexiko-Decker 320 ¢. Domingo A 100 ¢, F 110 ¢, FF 120, 125 ¢. Carmen 100, 110, 120 ¢. Lugut 95, 100, 110 ¢.
Preise verzollt einschliesslich Wertzoll. Kredit nach Vereinbarung.

Bettmässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben! Auskunft umsonst: Institut Sanitas, Velburg 68, Bayern.

Gelesene Tabak-Arbeiter
find an unorganisierte Kollegen weiterzugeben.

Rohtabak
gut brennend und gesund.
Sumatra-Decker, Sandblatt, Vollblatt, hell 360, 400 ¢, mittel 190, 230, 250 ¢, dunkel 180, 270 ¢. — Vorsteil.-Decker, hell, I. Länge, auch Verfeinert, 180, 250 ¢. — Brasil-Decker 200, 220 ¢. — Vorsteil.-Umblatt, reif u. blattig, 170 ¢. Java-Einlage und Umblatt 115, 130 ¢. — Umblatt 150, 160 ¢. — Domingo-Umblatt 125 ¢. — Domingo-Einlage und Umblatt 105 ¢. — Umblatt 125 ¢. — Brasil-Decker 200, 240, 250 ¢. — Araber-Decker 160 ¢. — Einlage und Umblatt 140, 150, 160 ¢. — Mexiko-Decker 180, 250, 300 ¢. — Umblatt 150 ¢. — Seedleaf-Umblatt 130 ¢. — Savanna-Einlage 160 ¢, molliert 200, 220, 240 ¢. — Blattiges Qualitätsrosgut, bestehend aus Seedleaf, Java, Brasil, Domingo, Carmen, Sumatra 110 ¢. — Preise inkl. Zoll. — Versand gegen Nachnahme.
H. Hüsemann, Bremen,
Telephon 2880. [56] Nebelstr. 105.

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen.
Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [35]

marken waren außerdem 694,75 A eingenommen. Die Mitgliederzahl beträgt 211. Die Abrechnung war von einem Kontrollleur geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Der 2. Punkt, Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollleur wurde folgendermaßen erledigt: Als 1. Bevollmächtigter wurde Kollege Zuderer mit 52 von 68 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Als 2. Bevollmächtigter wurde Kollege K. Bölling mit 58 von 68 abgegebenen Stimmen wiedergewählt, und als 3. Bevollmächtigter wurde Kollege V. J. H. mit 53 von 67 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Als Kontrollleur wurden die Kollegen Karl Koch, Aug. Kohnstede und Aug. K. Lohr gewählt. Den 3. Punkt, Kartellbericht, erledigte Kollege Ed. Menze. Die Wahl der Kartelldelegierten mußte vertagt werden.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10. — Telefon Nr. 8048. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Walland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 10. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Kaufmänner in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Kroll, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Mendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 10, zu adressieren. Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Hoheneich 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Warnung!

Alle Bevollmächtigten, Auswähler von Unterstiftungen und alle Kollegen sind dringend angewiesen vor dem Zigarrenmacher **Wag Graf aus Berlin**, geb. 7. 1. 76, der in einer Reihe von Fällen Stellen auf gefälschte Verbandspapiere und unter falschem Namen den Verband und einzelne Mitglieder gebrandschaftet hat. Vorgenannter Verfälscher, ein alter Verbrecher, reiste auf den Namen **Wag Graf** aus Berlin, auf **Karl Großmann** aus Plauen und auf **Egon Kaufmann** aus Hamburg. Das sind die falschen Namen, soweit wir davon Mitteilung haben, es ist also sehr wahrscheinlich, daß noch auf andere Namen Unterstiftungen erhoben sind. Es sei auf die Bekanntmachungen in Nr. 50, 51, 52, 53 und Nr. 1 des Tabakarbeiter hingewiesen. Es muß deswegen die Pflicht jedes Kollegen sein, dafür zu wirken, daß diesem Räuber das Handwerk gelegt wird.

Zur Ergreifung diene folgendes Signalement: guter blauer Anzug, Stehbrille mit schwarzer Rahmen und ein schwarzer Pelzkleidmantel, gelbe Schuhe und ein Stodschirm in gelber Hülle. Er ist schlant, mittlerer Größe, im Alter von 36 Jahren, jüdisches Aussehen, kleiner Bart und spricht geläufig. Man sehe sich jeden auf der Wanderschaft befindlichen, der wegen Unterstiftung vorpricht, auf dieses hin an und veranlasse die polizeiliche Festnahme. Es ist weiter um Mitteilung zu machen, ob er auf einen der obigen Namen Unterstiftung erhoben hat. (E. 1901, 2081, 2448, 2682/48/82, 2814/18/82/80.)

Neue Mitgliedsbücher.

Mit dem Ablauf des Jahres 1911 werden wieder eine Anzahl Mitgliedsbücher, die vollgeheftet sind, unbrauchbar. Beim Ausschreiben von neuen Mitgliedsbüchern wird auf Seite 8 unter „Ausweis“ die Unbrauchbarkeit bestätigt. Auf Seite 48 unter „Für besondere Eintragungen“ ist dem Inhaber des neuen Buches zu beschreiben, resp. einzutragen, wieviel Beiträge und in welcher Klasse im alten Buch bezahlt sind. Diese Eintragung ist dringend erforderlich, weil die Unterstiftungsdauer nach der Beitragsleistung berechnet werden muß. Eintrage über die Anzahl der bezahlten Extrabeiträge einzutragen, damit für eine spätere Kontrolle der Nachweise für die zu lösenden Extramarken erbracht werden kann. Das Unterstiftungsjahr für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sofern ein Mitglied im vorigen Jahre 1911 ein Unterstiftungsjahr festgelegt erhielt und mit dem Ablauf des Jahres nicht auch abgelassen ist, ist unter die dafür bestimmten Rubriken „Arbeitslosenunterstützung“ und „Krankenunterstützung“ einzutragen. Der Vorstand.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1911 gingen beim Vorstand in der Zeit vom 1. bis 9. Januar 1912 ein:

1. Gau: Dreßfeld, Altenbruch, Volzenburg, Elmshorn, Heide, Hamburg.
2. Gau: Bremen-Nemelingen, Altm., Varel.
3. Gau: Sandersheim, Verburg, Burg bei Magdeburg, St. Andreasberg, Seesen, Wernigerode, Drantenbaum, Braunschweig, Freder, Herrhausen, Tangermünde.
4. Gau: Rotenburg, Bobdenitz, Unterleben, Oberode, Schnellmannshausen.
5. Gau: Lübbede, Bad Essen, Lemgo, Minden, Hagen bei Pyrmont, Blotho, Wennighäffen, Gr. Mähen, Brate in Lippe, Hohenhausen, Südhemmern, Kaiserlautern.
6. Gau: Orfob.
7. Gau: Klein-Kroßenburg, Seligenstadt, Heuchelheim, Al.-Kuhelm, Steinau, Niederrodenbach, Launsbach.
8. Gau: Vorch, Wiesloch, Kellingern, Schwefingen, Redarhausen, Mingsheim, Destrigen, Widenbach, Hochenheim, Leimen, Ogersheim, Mühlbach, Heubenheim, Lachen, Kirchheim, Redarvitz, Müllheim, Mannheim, Kaiserlautern, Hochdorf, Beerfelden.
9. Gau: Brud bei Erlangen, München, Rybersberg, Heilbronn, Emmendingen.
10. Gau: Penig, Mühlberg, Hartha, Eilenburg, Pirna, Kreischa, Köhmen, Seiffenröderdorf, Döbeln, Froburg, Delsch.
11. Gau: Ratibor, Schwerin a. W., Rignitz, Posen.
12. Gau: Trebbin, Waltersdorf, Potsdam.
13. Gau: Trebbin, Waltersdorf, Potsdam. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Kreischa: Emil Röttig als 1. Bev., Otto Genaud als 2. Bev., Walter Heine als 3. Bev., Kurt Geißler, Alma Kofke, Arthur Arnold als Kontrollleur.
- Volzenburg: Adolf Behrens als 1. Bev., Gottfried Kramer als 2. Bev., Heine Hage als 3. Bev., Carl Breuhahn, Adolf Stübing, Wilh. Schulz als Kontrollleur.
- Widenbach: Andreas Hammer als 1. Bev., Rudolf Rösch als 2. Bev., Johann Hammer als 3. Bev., Friedr. Bender, Jacob Hirsch, Franz Hellingner als Kontrollleur.
- Reimen: Joh. Deger als 1. Bev., Michael Ebner als 2. Bev., Georg Reining als 3. Bev., Jacob Schäfer, Jacob Hiesch, Bernh. Reuner als Kontrollleur.
- Eilenburg: Otto Goppel als 1. Bev., Paul Heinecke als 2. Bev., Emil Bollmann als 3. Bev., Max Wätner, Herm. Bodenbach, Emil Heise als Kontrollleur.
- Lemgo in Lippe: Joh. Zuderer als 1. Bev., Friedr. Kölling als 2. Bev., Aug. Heise als 3. Bev., Karl Koch, Aug. Kohnstede und Aug. Lohr als Kontrollleur.
- Trier: Johann Müller als 1. Bev., Carl Blag als 2. Bev., Johann Hegner als 3. Bev., Franz Franken, Josef Kahlhofen, Matth. Oberbed als Kontrollleur.
- Niederbergen: Wilh. Kottwilm als 1. Bev., Frh. Krusebecker als 2. Bev., Herm. Henke als 3. Bev., Karl Hausmeier, Carl Hebeder, Heine Krusemeier als Kontrollleur.
- Varel in Oldemb.: Heine Stellmann als 1. Bev., Gust. Graef als 2. Bev., Wilh. Müller als 3. Bev.

Verburg: Gustav Fischer als 1. Bev., Gottlieb Hache als 2. Bev., Georg Bölling als 3. Bev., Frh. Hieseler, Karl Häntsch, Friedr. Döhloff als Kontrollleur.

Braunschweig: Ernst Sparck als 1. Bev., Wilh. Meyer als 2. Bev., Herm. Vog als 3. Bev., Wilh. Schmidt, Heine. Bloßmeyer, L. Webedund als Kontrollleur.

Burg bei Magdeb.: Rob. Starck als 1. Bev., W. Birker als 2. Bev., Paul Tilmner als 3. Bev., Benno Enders, Frau Anna Schumacher, Frau Berta Sauerhering.

Müllheim: Georg Kritt als 3. Bev.

Oberode: Ferd. Henze, Friedrich Holl, Johannes Böllner als Kontrollleur.

Schwefingen: Konrad Kehlhöfer als 1. Bev., Josef Adam als 2. Bev., Thomas Koch als 3. Bev., Joh. Schnabel, Genobesa Koch als Kontrollleur.

Eilenburg: Franz Rintau als 1. Bev., Adolf Krichmar als 2. Bev., Friedr. Schirmer als 3. Bev., Wilh. Heine, Franz Sperling, Gust. Heise als Kontrollleur.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Bei der Aufstellung der Abrechnung für das 4. Quartal 1911 machen wir die Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß die Einnahmen für Extramarken in der Abrechnung als Einnahme mit zu verrechnen sind. Desgleichen sind die eingelassenen Gelder für Extramarken als an den Vorstand gezahlt, mit als Ausgabe in der Abrechnung einzutragen. Da eine Anzahl zahlreicher Abrechnungsformulare erhalten, in welcher der Vorstand: An Extramarken à 50 s; an Extramarken à 25 s nicht enthalten ist, eruchen wir, diese Vermerkung schriftlich machen zu wollen. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Kreischa. Der 1. Bev. Bruno Popka wohnt jetzt Eulenbergstr. 6 II. Kreischa. Der 1. Bev. Emil Röttig wohnt Nr. 88 I. Der 2. Bev. Otto Genaud wohnt Nr. 104 e.

Teuchern. Der 2. Bev. Herm. Schlegelmilch wohnt jetzt Dammstraße 31.

Widenbach. Der 1. Bev. Andreas Hammer wohnt Friedhofstr. 25, der 2. Bev. Rudolf Rösch wohnt Almenstraße.

Eilenburg (S.-M.) Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Otto Goppel in Hartmannsdorf (S.-M.) zu senden.

Lemgo (Lippe). Der 2. Bev. Friedr. Kölling wohnt Lemgo, Neustra. 26.

Trier. Der 1. Bev. Johann Müller wohnt Trier, Güterstr. 10. Der 2. Bev. Carl Blag wohnt Trier, Brückenstr. 90.

Wittenberge (Potsdam). Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. W. Wormstedt, Wittenberge, Güterstr. 11, Hof II, zu senden.

Waldstadt i. Suhl. Der 1. Bev. Heine Hieseler wohnt Waldstadt, Gr. Namenlocherstr. 21, pt. I.

Oberhausen (Mühlbach). Der 1. Bev. Philh. Wilhelm wohnt Oberhausen, Ringstr. 11, pt.

Niederbergen. Der 2. Bev. Frh. Krusebecker wohnt Niederbergen (Post-Luthanen), Nr. 100.

Varel (Oldemb.). Alle Zuschriften sind an 2. Bev. Gustav Graef, Varel, Oberstr. 4, zu richten.

Verburg. Der 1. Bev. Gustav Fischer wohnt Galeschestr. 3; der 2. Bev. Gottlieb Hache, Stiftstr. 72, v.

Schwefingen. Der 1. Bev. Konrad Kehlhöfer wohnt in Schwefingen, Konenstr. 9; der 2. Bev. Joseph Adam, Wilsenmannstraße 1.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

Kreischa. Arbeitslosenunterstützung bei dem 1. Bev. Emil Röttig, Kreischa 88 I, von 12 bis 1 Uhr und von 6 bis 7 Uhr abds. Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags. Krankenunterstützung bei dem 2. Bev. Otto Genaud, Kreischa 104 e, des Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Volzenburg. Arbeitslosenunterstützung bei dem 2. Bev. Gottfried Kramer, Mingsbergstr. 202.

Eilenburg (S.-M.). Arbeitslosenunterstützung bei dem 2. Bev. Paul Heinecke, Eilenburg, Leppigerstr. 25 II, von 7 bis 8 Uhr abds. und Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags.

Lemgo (Lippe). Arbeitslosenunterstützung bei dem 2. Bev. Friedr. Kölling, Neue Straße 26, von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abds. des Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags. Für erkrankte Mitglieder wird nur Sonntags ausgezahlt.

Trier. Arbeitslosenunterstützung im Vertheilungsbüro, Gewerkschaftshaus, Brückenstr. 90.

Varel i. Oldembg. Arbeitslosenunterstützung bei dem 1. Bev. Heine Stellmann, Langestr. 12, von 12 bis 1 Uhr mittags und von 7 bis 8 Uhr abds. Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags. Krankenunterstützung bei dem 1. Bev. Heine Stellmann, Sonnabend abds. von 7 bis 8 Uhr.

Verburg. Arbeitslosenunterstützung im Gewerkschaftshaus, Schulstraße 17, von 8 Uhr vorm. bis 9 Uhr abds. Krankenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung für erkrankte Mitglieder bei dem 2. Bev. Gottlieb Hache, Stiftstr. 72, des Sonnabends von 11 bis 1 Uhr mittags.

Verkehrsstelle.

Braunschweig: „Stadt Lüneburg“, Wendenstr. 53.
Verburg: „Gewerkschaftshaus“, Schulstr. 17.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den 1. Gau:
Altona: Joh. Stahel, Gr. Bergstr. 136, b. Brandt.
Für den 2. Gau:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
Für den 3. Gau:
Braunschweig: Ernst Sparck, Mauerstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abds. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Jugerüste dort Arbeitslosenunterstützung.
Für den 4. Gau:
Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Für den 5. Gau:
Wiesloch: Alh. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeiterssekretariat.
Für den 6. Gau:
Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
Für den 7. Gau:
Gießen: Heine Kiegel, Ebelstr. 84, III. Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar.
Hanau: Konrad Gräbener, Nordstraße 56. Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Hochtaunus (Königreich Bayern).
Für den 8. Gau:
Heidelberg. Gauleiter Chr. Stöck, Hauptstr. 118 a, II. Seitenbau.
Für den 9. Gau:
Karlsruhe: Ad. Heising, Louisenstr. 78, I (Gau-Sekretariat).
Für den 10. Gau:
Erfurt: Anton Fischer, Ulfestadtstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abds. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den 11. Gau:
Dresden-N.: Paul Wrosan, Rügenbergstr. 2 III, Zimmer 84.
Für den 12. Gau:
Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.
Für den 13. Gau:
Berlin: Alwin Schulze, Berlin C., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.
Für den 14. Gau:
Ebing: Robert Dengschel, Lange Niederstraße 11, Gartenhaus. Alle Arbeitnehmenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Offene Arbeitsstellen.

Beim Arbeitsnachweis im 12. Gau sind für eine kleine Stadt in Polen offene Plätze an 5 Köchler und 5 Wäschmädchen (Verheiratete bevorzugt) zu tariflichen Löhnen zu vergeben.

Vom 3. bis 9. Januar 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen: V. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, L. = Lotteriekasse, N. = Annahme. Dezember 21. Berlin, B. 100.—, 30. Stuttgart, E. 50.—, 7. 2.—, Schmolln, E. 60.—, Wiesloch, B. 50.—, E. 10.—, Griesheim, B. 50.—, E. 50.—, Grimma, B. 20.—, E. 40,25. Klein-Steinheim, B. 75.—, E. 31,75. Hadersleben, B. 50.—, E. 70.—, Gelsen, B. 100.—, E. 100.—, Rehme, B. 400.—, E. 40.—, F. 2.—, Ralben, B. 30.—, E. 111.—, Pfungstadt, B. 100.—, 31. Bremen, B. 100.—, Gefangenen Freiheit-Vollmerhaufen, F. 14.—, Finterwalde, B. 100.—, E. 100.—, von den Töpfern in Alt-Jöbern, F. 10.—, Wolgast, E. 27.—, Kanbel, B. 20.—, E. 8.—, Ratenburg, B. 50.—, E. 22,25. Würzen, B. 220.—, E. 149,25, F. 13,50. Pirna, B. 14,50, E. 64,50. Elbau, B. 40.—, Verburg, E. 21,50. Mainz, B. 40.—, E. 60.—, Pfungstadt, B. 100.—, E. 40.—, Schwefingen, E. 34,50. München i. Gau, B. 100.—, Hamburg, B. 100.—, E. 200.—, Januar. 1. Altenburg, B. 200.—, Weida, E. 30.—, Eichen, Sr. Schlüchtern, F. 75.—, Mittweida, E. 50.—, von den Weislarbeitern. Lindenmaße, B. 40.—, E. 30.—, Leimen, E. 23.—, Seligenstadt, B. 41,65, E. 54.—, Ebingen, B. 11.—, E. 70.—, Klein-Mühlheim, F. 76,50, E. 52.—, 2. Hildershausen, B. 100.—, Werthe, B. 300.—, E. 200.—, St. Andreasberg, B. 12,94. Wroblett, B. 33,18, E. 53.—, Altenbruch, B. 15.—, E. 15.—, Waltersdorf, E. 50.—, Volzenburg, B. 30,12, E. 25.—, H. 0,50. Heuchelheim, B. 49.—, Bagen, E. 20.—, Bobdenitz, F. 2,80. Orfob, B. 100.—, E. 125.—, Mingsheim, F. 54,27, E. 37,50. Heppenheim, B. 90.—, Seiffenröderdorf, B. 50.—, E. 100.—, Neugard, E. 55.—, Neulöhheim, B. 100.—, Köhmen, B. 50.—, E. 21.—, Schiffbed, F. 21,50, durch H. Ebers vom Sparfuß Reell. Treßla, vom Arbeiter-Kadajahr-Verein, F. 10.—, Penig, B. 27,50, E. 17,50. Diebenhofen, F. 21,50, Statutenre, durch J. Dallheimer, Bremen, F. 3,10, Honorar von G. N. Wien, F. 150.—, durch F. Battermann, Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen, Brinkum, F. 100.—, durch W. Wimmermann vom Bauarbeiter-Verband, Bremen, F. 4,60, durch D. Teram, 2.—, durch J. Cimmeyer von B. L., 2,50, durch C. Köhde, Werkstraße 33, Bremen, B. 500.—, F. 0,60, Kartellklub Gledstraße 6, Schürer, 3. Mühlheim a. Main, B. 30.—, Weza, B. 100.—, E. 50.—, F. 4.—, Restaurant Beer, 2,50, Reußischer Hof, Eichenberga, B. 20.—, E. 30.—, Brud, B. 50.—, Minden i. B., B. 400.—, Fürstemaße, E. 52,50. Schwedt a. D., E. 45.—, Hochenheim, E. 227,75. Lübbede, E. 40.—, Frankenberg, B. 300.—, E. 200.—, München, B. 100.—, Altm., B. 150.—, E. 250.—, Destrigen, B. 75.—, E. 25.—, Herford, F. 10.—, Heide, B. 20.—, E. 15.—, Wernigerode, B. 73,75, E. 128,75. Kottwilm, B. 13,75, E. 26,50. Neuhaus a. Elbe, E. 30.—, Ruffsch, B. 40.—, E. 60.—, Walsheim, E. 200.—, 5. Nieder-Rodenbach, B. 20.—, Bielefeld, E. 100.—, Magdeburg, B. 350.—, E. 150.—, Elmshorn, B. 58.—, E. 44.—, Nordhausen, B. 1300.—, Eilshausen, E. 250.—, Bremen, F. 5.—, durch J. Pfeiffer von den Glaschleifern, 6. Destrigen, F. 1.—, von einem Ratsschreiber durch J. Hammer, Hamburg, B. 600.—, E. 140,50. Ludau, B. 40.—, E. 35.—, Braunschweig, B. 100.—, E. 100.—, Wennighäffen, B. 104,43, E. 34,75. Wintersdorf, B. 50.—, E. 50.—, 7. Froburg, B. 50.—, Langenbickau, B. 50.—, E. 50.—, Betten, F. 20.—, Varel, B. 12,90, E. 9.—, Wittenberge, F. 25,50, E. 21,50. Redarvitz, B. 70.—, E. 22,50. 8. Dessau, 2,05 von W. Werber, Nedenmünden, B. 20,73, E. 9.—, F. —, Oberode, B. 6,50, E. 73,50. Lemgo, B. 170.—, E. 130.—, Eilen Bad, B. 25.—, E. 25.—, Kellingtufen, B. 30.—, Klingenbach, B. 35.—, E. 20.—, Sagen i. W., B. 20.—, E. 15.—, Bremerhaven, B. 35.—, E. 45.—, F. 2.—, Südhemmern, B. 50.—, E. 50.—, Heide, B. 100.—, E. 80.—, Verburg, B. 25,25, E. 24,75. Döbeln, B. 65.—, E. 45.—, Burg b. Magdeb., B. 20.—, E. 20.—, F. 2.—, von Fielar durch C. Haberland, Schnellmannshausen, B. 40.—, Hanau, B. 15.—, E. 15.—, Bries, B. 45.—, E. 55.—, Bremen, F. 1.—, von G. M. durch H. Wohlers, F. 1.—, von R. durch W. Mählenbrod, 3.—, durch D. Teram für Auktion einer Reutudjigarre.

Berichtigung. In Nr. 1 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 29. Dezember 1911 heißen: Schwerin a. W., 50 // Extrabeiträge, statt Verbandsbeiträge. Unter 27. muß es heißen: Töbeln, B. 50.—, E. 100.—, statt B. 100.—, E. 50.—. Ferner hat am 17. Dezember 11. Extrabeiträge und 8,80 freiwillige Beiträge eingegangen; diese sind irrtümlich nicht veröffentlicht. Gleichzeitig eruchen wir, die Doubons oder Abschnitte der Zahlorten stets mit dem Inhaber der Zahlstellen zu versehen zu wollen, damit irrtümliche Buchungen vermieden werden. Falls Zahlarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschnit vermerken zu wollen, damit die Forderung erfolgen kann. Bremen, den 10. Januar 1912. W. Nieder-Walland.

Mitglieder-Versammlungen.

Ohne Versammlungen und ohne regen Besuch derselben kein Fortschritt im Verband.

Sonntag, den 13. Januar:
Eeselen a. E.: Ab. 3/4, J. Hoffe, L.-D.: Abrechnung Wahl d. Ortsverwaltung, Verschiedenes.

Sonntag, den 14. Januar:
Gersford: Morg. 10 1/2, Gewerkschaftsh. L.-D. wird bekannt gemacht.
Potsdam: Mittag 1, Verkehrslokal. L.-D. wird bekannt gegeben.

Montag, den 15. Januar:
Salberstadt: Ab. 8 1/2, h. M. Hollmann, L.-D.: Abrechnung, Wahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.

Mittwoch, den 17. Januar:
Stift Quernheim: Ab. 7 1/2, bel. Sieke, L.-D. wird bekannt gemacht.

Sonntag, den 20. Januar:
Sodenheim: Ab. 1/2, Bad. Hof, L.-D. wird bekannt gegeben.
Neuhaus: Ab. 8 1/2, Wiegels Union, L.-D.: Abrechnung, Wahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.

Sonntag, den 21. Januar:
Ober-Salzbrunn: Nachm. 3, Hot. Sandberg, L.-D.: Abrechnung, Wahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.
Br.-Oldendorf: L.-D.: Wahl der Ortsverwaltung, Abrechnung, Verschiedenes.

Gestorben:

Am 12. Dezember 1911 zu Blotho Carl Stegermeyer 32 Jahre alt.
Am 30. Dezember 1911 zu Kirchlingern Heinrich Giller aus Kirchlingern, 89 Jahre alt.
Am 1. Januar zu Blotho Hermann Dreißmeyer, 60 Jahre alt.
Am 8. Januar zu Eilenburg Ernst Krause, 78 Jahre alt.
Am 4. Januar zu Dessau Friedrich Richter aus Dörten b. Dessau, 53 Jahre alt.
Am 4. Januar zu Spengge Wilhelm Schmidt, 47 Jahre alt.
Am 4. Januar zu Wiesloch Nikolaus Waldnis aus Leimen.
Am (?) zu Altona J. Nielsen aus Christianstadt, 60 Jahre alt.
Am (?) zu Altona M. Braun aus Grammont, 46 Jahre alt.
Am (?) zu Altona H. Brauer aus Neuyork, 30 Jahre alt.
Am (?) zu Altona J. Mathiesen aus Lübeck, 49 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

H

Beachten Sie in Ihrem eigenen Interesse die Offerten meines Januar-Kataloges!

Meine Geschäftsprinzipien:

Direkter Einkauf in den Einschreibungen; grosse Auswahl in jeder Sorte und jeder Preislage; grosse Vorräte, demzufolge lange anhaltende gleichmässige Lieferungen; allerbilligste Preiskalkulationen; sorgfältig ausgewählte moderne Deckofferten; gewissenhafte Erledigung auch des kleinsten Auftrages; garantierter Umtausch jeder nicht gefallenden Ware; bereitwilligste Auskünfte in allen Fragen

bürge Ihnen für denkbar vorteilhaftesten Bezug Ihrer Rohtabake!

H Heinrich Franck

Begründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt Norden 4352.

Berlin N. 54
Brunnen-
Strasse 22.

F

Gebrauchte

Formen

modernste Fassons

in sehr grosser Auswahl vorrätig!

Verlangen Sie
Abbildungen!

Erwiderung.

Die fortlaufenden Behauptungen, dass ich die Firma Arnold Andre in Romag mit Leo Salan gebracht habe, sind unwahr. Vielmehr liegt der Fall so, dass Leo Salan, von dessen Existenz ich gar nichts wusste, ein Fiktional an verschiedene Fabrikanten sandte. Ein solches sandte er auch an eine sehr renommierte Bänder-Firma, welche für ihre gut gearbeiteten, reellen und schmackhaften Zigaretten Absatz hatte und keine Kavalieregeschäfte machte. Ich werde diese Firma als Zeuge zu obiger Behauptung vorschlagen.

Die Firma Andre dagegen ersuchte mich bei Einbindung des Fiktional mit Salan zu sprechen. Ich unterbreitete Andre die mir vorgeschlagenen Geschäfte und Andre genehmigte diese. Wie sich nachher herausstellte, hat Andre bei einer Lieferung von 80 000 M Ware und 60 000 M Geld, gegen eine mündelbürgliche Hypothek und Wechsel, einen Aufschlag auf die Originalpreise, die sonst jeder Händler bezahlt, von 26 000 M gemacht. Georg Andre i. Ja. Arnold Andre schrieb mir nachstehenden Brief aus Berlin:

Bei einem Kavalieregeschäft 1/2 Ware und 1/2 Kasse gegen zwei Akzepten be. M 10 000, davon werden 10 000 M. nur einmal auf weitere 3 Monate prolongiert, 10 000 M. werden dagegen noch einmal zwei Monate umgelegt, Diskont wird berechnet. Gute Preise Bedingung, sonst macht man solche Geschäfte nicht.

Zum Jahre 1905 am 23. Oktober übergab Herr Andre mir für oben erwähnten Geschäft 60 000 M. Kasse, um das Geschäft in Berlin abzuschließen zu können. Ich reiste um 1 Uhr nachts ab Bünde nach Berlin. Ich war leider nicht in der Lage 80 000 M. auf den Tisch zu legen. Dieses beweist schon, dass Andre die Kavalieregeschäfte gemacht hat. Ich erhielt nur eine Provision von Andre.

Wolligensfalls werde ich weitere Briefe veröffentlichen, und zwar sobald ich davon in der Lage bin, da die Annoncen mit grossen Unkosten verknüpft. Herr Andre hat die Zeitungs-Kampagne hervorgerufen und dann habe ich gewonnen. Zum Jahre 1907 sollte Andre in Salan als Zeuge genommen werden. Diverse Fabrikanten waren erschienen, Herr Andre aber nicht, dieser schickte Kränze nur und ging nach Wiesbaden. Unmittelbar danach, als Andre hörte, dass Salan wegen Mordes freigesprochen war, reiste Georg Andre nach Berlin ab.

Diese meine Behauptungen kann ich dokumentarisch beweisen.
Henry Goufinko, i. Ja. G. F. Müller.

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.
Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.
Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit drahtmathemem Zerkredit.

Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.
Grosses Lager in
Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.
Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.
Unterhaltene Proben anverkaufter Tabake
für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt
von Uml- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt
Gaschaltene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt
Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösserem Posten Ziel nach Nebereinkauf. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak

Bedarfsartikel

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Rängen à 250, 300, 325, 350, 375, 400 M, Sandblatt 3. Ränge à 325 und 350 M, mittel- u. hellfarb. Lochblatt, 1. und 2. Rängen, à 275, 300, 400 M, Umlblatt à 180 M
Vorstenlanden-Decke, 1. und 2. Rängen, dunkel, bester Mexiko-Erfolg, à 260 M, helle Reihendecke à 300, 325, 350, 360, 400 M
Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125 M
Java-Aufarbeiter à 130, 135, 140, 145 M
Java-Umlblatt à 170, 175, 180, 190, 200 M
Mexiko-Decke, hochfein, à 500 M u. 550 M
Brasil à 150, 160, 165, 190, Decke à 250 M
Havanna à 350 M, Cuba à 200, 250 M
Domingo à 120, 135, Umlblatt à 150, 170 M
Carmen à 110, 120 M, Umlblatt à 130, 135, 145, 155 M
Uckermärker Ia. 100 M

Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene, ca. 1500 Stück verschiedene Fassons am Lager. Schiffschen-Abdrücke gratis und franco
Presskasten zu 12 Formen, oben u. unten verstellbar, schraubt, Holzfuß u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung, 4-seitige Träger sonst 11 M, nur 10 M
Presskasten zu 1000 Zigaretten nur 550 M zu 100 Stück 100 M, zu 200 Stück 200 M
Rollbretter 175, 200, Girnholz 300, 450 M
Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 M
Arbeitsmesser n. J. A. Henfels 20, 30, 35 M
Laok, 8 Stangen 25 und 30 M
Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 M, rot 25 M
Band, 50 Meter von 60 M an gebrauchte, fortirt, Seide, 5. u. 6. M p. Pfd.
Ringe II. nur 20, 25 M, mit Porzellan 45 M
Zigaretten von 85 M per 100 Stück an
Gummi-Fragranth à 175, 200 u. 250 M p. Pfd.
Gebrauchte Arbeitslilien, Pressen, Raffinen, Steife stets am Lager.

Losgit beste überfeine Ware à 105 M
Losgit m. Deckblatt-Kamponagen à 125 M
Sämtliche Tabake sind in Bezug auf tadellosen weissen u. lotten Brand sorgfältig durchprobiert.

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Verzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto.

Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.

Sumatra-Decke Vollblatt

Wir empfehlen ganz besonders zu einem billigen Fabrikat eine vorzüglich brennende
2. Länge Einrollen, helle, ganz egale reine Farben, große Deckkraft, à 250 M pro Pfund verzollt, inklusive Verzollung.
Telephon 11358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.
Hermann Lehmann, Leipzig
6 Bauhofstrasse 6
empfeilt als besonders preiswert und gut
Sumatra-Decke à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 M
Sumatra-Umlblatt à 160, 170, 180 M
Vorstenl.-Decke à 250, 320, 400, 500 M
Java-Umlblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 M
Java-Einlage à 120, 125 M
Aufarbeiter à 130, 135, 140 M
Felix-Decke, schneeweiß, Brand, 220 M
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 M
Carmen, hochfeine Ginl. à 270, 350 M
Havanna, vorzüglich, à 260 M
Carmen-Umlblatt à 130, 140, 145, 150 M
Carmen-Einlage à 115, 125 M
Domingo-Umlblatt à 135, 145, 150 M
Domingo-Einlage mit Umlblatt à 110, 115, 120 M
Mexiko San Andros 480, 450, 400, 140 M
Losgit, sehr blättrig und gesund, à 120, 110 M
Uckermärker à 92, 95, 100, 105 M
Preise per Pfund verzollt inkl. Verzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Rohtabakhandlung H. Edling, Bremen

empfeilt folgende gute Tabake zu billigen Preisen

Sumatra-Decke à 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 290, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 M
Java-Vorstenland-Decke à 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 M
Vorstenl.-Decke à 190, 200, 220, 240 M
Vorstenl.-Umlblatt, Vollblatt à 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 M
Java-Umlblatt, Vollblatt à 150, 160, 170, 180 M, Stückblatt 130, 140, 150 M
Java-Einlage u. Umlblatt à 110, 120, 125, 130 M
Domingo à 100, 110, 120, 130 M
Carmen à 100, 110, 120, 130 M
Zedler (meist Umlbl.) à 110, 115, 120 M
Havanna-Einlage à 180, 200, 250, 300, 400 M, Decke 650 M
Havanna-Einlage à 150, 180, 200, 250 M
Mexiko-Decke à 250, 320 M
Losgit à 95, 100 M
Gemeinliche Original-Tabake à 110, 120 M
Java (geschmitten) à 110 M

Preise verzollt inkl. Verzoll per 1/2 Kilo, Kredit nach Uebereinkunft. [18]

Sumatra Stück tadellos Brand 1.50 M per Pfund
Java Aufarbeiter sehr blättrig 1.35 M per Pfund
Uckermärker ... per Pfund 0.90 M

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuserstrasse 4. [15]

Zigarrenfabrik

in Arbeitergegend Berlins unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Güter Ueber-schuss. Zuschriften unter M. Z. 37. Post-lagernd Postamt 21, Berlin.
Unserm Depollmächtigten Wlth. Bull-tötter nebst Braut zu ihrer Hochzeit ein 99 999 X bonnerndes Begehoch.
Wir wünschen dem jungen Paare eine glückliche und zufriedene Ehe, auch reichen Kinderseggen.
Stift Quernheim, den 6. Januar 1912.
Die Kollegen und Kolleginnen des Stift Quernheim.
Briefkasten.
M. Z. 37 2 M.
Stift Quernheim 90 M.